



**Programm der
belgischen Präsidentschaft des
Rates der Europäischen Union**



trio.be

PROGRAMM FÜR SECHS MONATE
ERSTELLT VON DER BELGISCHEN PRÄSIDENTSCHAFT

INHALT

STRATEGISCHER RAHMEN	4
OPERATIONNELLES PROGRAMM.....	12
ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN	12
WIRTSCHAFT UND FINANZEN	16
WETTBEWERBSFÄHIGKEIT (BINNENMARKT, INDUSTRIE UND FORSCHUNG)	23
BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHER.....	27
VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION UND ENERGIE	32
UMWELT	37
SCHULE, BILDUNG, JUGEND, SPORT, KULTUR UND MEDIEN	39
LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI	43
JUSTIZ UND INNERES	46
AUSSENBEZIEHUNGEN	51

STRATEGISCHER RAHMEN

„Gemeinsam für ein Europa der Tat!“

Die Europäische Union, unsere Union, steht vor zahlreichen Herausforderungen. Die Krise, die so schwerwiegend ist, wie wir es seit fünfzig Jahren nicht mehr erlebt haben, hat die Arbeitslosigkeit und die sozialen Ungleichheiten verschärft. Das Finanzsystem hat schwerwiegende Defizite offenbart. Unsere öffentlichen Finanzen haben sich dadurch stark verschlechtert und müssen saniert werden. Unsere Wettbewerbsfähigkeit verschlechtert sich weiterhin. Unsere demografische Entwicklung und die Belastungen für Umwelt und Klima zwingen uns, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaften neu zu organisieren. Neue Mächte betreten die Weltbühne.

Um diesen zahlreichen Herausforderungen begegnen zu können, brauchen wir ein Europa, das stärker, vereinter und entschlossener ist, das bestrebt ist, sein Gesellschaftsmodell und seinen Wohlstand zu garantieren und weiterzuentwickeln und die Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Regionen zu reduzieren. Wir brauchen auch ein für seine Bürger zugänglicheres Europa und einen engeren Dialog zwischen der Union und dem Bürger.

Nach einem fast zehn Jahre dauernden Prozess, der durch die Erklärung von Laeken eingeleitet wurde, hat sich die Union einen neuen Grundlagentext und eine neue Legitimität gegeben. Der Vertrag von Lissabon hat neue Institutionen geschaffen. Diese gemeinsam entwickelten Institutionen dürften Europa neuen Schwung geben.

Europa und seine Währung haben es ermöglicht, unsere Volkswirtschaften besser gegenüber den Umwälzungen, die die Welt verändern, zu schützen. Aber die Krise und ihre Auswirkungen auf die öffentlichen Finanzen erfordern in Zukunft die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und Fortschritte in Richtung einer Wirtschaftsregierung. Der Europäische Rat muss jetzt strategische Entscheidungen treffen, auf der Grundlage der konkreten Vorschläge der Arbeitsgruppe.

Die Globalisierung verändert die Kräfteverhältnisse völlig. Um die Rolle Europas zu konsolidieren, muss die Kohärenz seiner Außenpolitik verstärkt werden, und es muss gewährleistet sein, dass es mit einer einzigen Stimme spricht.

Die belgische Präsidentschaft möchte dazu beizutragen, all diese Herausforderungen zu meistern, durch gemeinsames Handeln und einen intensiven Dialog mit den Institutionen und den Mitgliedstaaten.

Die wirtschaftliche Erholung und die Antwort auf die Krise erfordern die Mobilisierung aller Kräfte. Die europäische Union muss zur treibenden Kraft für strukturelle Reformen, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die finanzielle Stabilität und für die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit werden. Wir müssen wieder an ein nachhaltiges, dauerhaftes und über das gesamte Territorium der Europäischen Union ausgeglichenes Wachstum anknüpfen. Und wir müssen dafür Sorge tragen, dass der Übergang zu einer grünen Wirtschaft und zu einer Wirtschaft des Wissens schneller gelingt, und dabei einen starken sozialen Zusammenhalt sicherstellen.

Die Strategie EU 2020 für Beschäftigung und Wachstum verfolgt das Ziel einer intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wirtschaft. Dieses Ziel setzt einen wachsenden Arbeitsmarkt, eine größere Mobilisierung für Innovation und Bildung, ambitionierte Verpflichtungen in der Klimapolitik und schließlich einen stärkeren sozialen Zusammenhalt voraus. Die Realisierung der großen Ziele, die der Europäische Rat festgelegt hat, wird der Hintergrund der **sozioökonomischen Schwerpunkte** des Programms der belgischen Präsidentschaft sein.

Angesichts der Verantwortung und der Rolle des Finanzsektors in der Krise wird sich die belgische Präsidentschaft um die Schaffung einer neuen Struktur zur Regulierung und Überwachung des Finanzsektors bemühen. Sie wird ihre besondere Aufmerksamkeit richten auf Gesetzesinitiativen der Kommission zur Stärkung der Mechanismen zur Krisenvorbeugung und -lösung und zum Schutz der Sparer und der Unternehmen vor systemischen Finanzinstitutionen mit Liquiditätsproblemen.

Der Arbeitsmarkt wird eines der zentralen Themen während der belgischen Präsidentschaft sein. Investitionen in Humankapital und die Schaffung von Arbeitsplätzen auf einem modernisierten Arbeitsmarkt sind wesentlich für die Entwicklung unseres sozioökonomischen Modells. Die belgische Präsidentschaft wird sich insbesondere auf die Frage der *grünen* und *weißen* Arbeitsplätze konzentrieren. Die Folgen der wirtschaftlichen Umstrukturierungen, der Kampf gegen die Diskriminierung am Arbeitsplatz, sowie die Förderung gleicher Bezahlung von Frauen und Männern verdienen ebenfalls erneute Beachtung.

Im Anschluss an die von der spanischen Präsidentschaft begonnenen Arbeiten und nach der Mitteilung des Europäischen Parlaments wird der Rat unter der belgischen Präsidentschaft die beschäftigungspolitischen Leitlinien annehmen.

Die belgische Präsidentschaft wird die durch den Monti-Bericht eingeleitete Arbeit im Hinblick auf die Engpässe, die fehlenden Glieder und die neuen Grenzen des Binnenmarktes fortsetzen.

Die Hindernisse für den Schutz innovativer Ideen sowie die administrative Vereinfachung bleiben eine Herausforderung, der sich die belgische Präsidentschaft stellen wird. Der Schutz des geistigen Eigentums und die Fortsetzung der Verhandlungen über das europäische Patent werden vorrangige Aufgaben sein.

Wir werden Impulse für eine nachhaltige Industriepolitik geben, mit dem Hauptziel der Entwicklung einer grünen und weltweit wettbewerbsfähigen europäischen Wirtschaft. Die belgische Präsidentschaft unterstützt einen integrierten Ansatz, der alle Facetten der Innovation abdeckt und hauptsächlich auf die Erfordernisse der Unternehmen und insbesondere der KMU abzielt.

Forschung, Entwicklung und Innovation werden im Europäischen Rat ab Dezember 2010 Gegenstand eingehender Diskussionen sein. Es müssen zuerst Leitlinien definiert werden, um eine bessere Koordinierung der Politik der Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet zu erreichen. Die belgische Präsidentschaft wird sich auf die Definition von Indikatoren konzentrieren, die die entscheidende Zielvorgabe von 3 % sowie die erzielten Fortschritte bei der Schaffung eines Europäischen Forschungsraums messen. Ein besonderes Augenmerk wird auf dem freien Austausch des Wissens innerhalb dieses Europäischen Forschungsraums sowie auf der Vereinfachung der gemeinschaftlichen Programme liegen.

Schule und Bildung spielen eine wesentliche Rolle beim Übergang zu einer Wissensökonomie. Diese Rolle besteht nicht nur darin, Kenntnisse zu vermitteln. Der Wandel unserer Ökonomie erfordert auch eine ständige Anpassung und Aktualisierung der erworbenen Kenntnisse im Hinblick auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes. Eine besondere Anstrengung erfordern daher die Bereiche Berufsausbildung, lebenslanges Lernen und der Kampf gegen den Schulabbruch.

Als einen der Engpässe, die eine Stärkung des Wachstums behindern, hat die Kommission auch Defizite im Infrastrukturbereich erkannt. Die Antwort auf diese Herausforderung kann nicht allein von den einzelnen Mitgliedstaaten kommen. Die Union muss ebenfalls ihren Beitrag leisten, insbesondere im Bereich grenzüberschreitender Infrastrukturen. Die belgische Präsidentschaft wird sich um Fortschritte in dieser Sache bemühen, in Abstimmung mit der Kommission und der Europäischen Investitionsbank. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist die Problematik der Sicherheit der Energieversorgung.

Die Präsidentschaft wird darauf achten, dass alle gemeinsamen Politikbereiche, einschließlich der Landwirtschaftspolitik und der Kohäsionspolitik, die Strategie Europa 2020 unterstützen. Diese Politikbereiche leisten in der Tat einen entscheidenden Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung, wie auch zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt.

* *
*

Unser Gesellschaftsmodell muss gestärkt werden. Besonderes Gewicht muss dabei auf den notwendigen **sozialen Zusammenhalt** gelegt werden. Denn ebenso wichtig wie eine leistungsfähige Wirtschaft ist die Frage des sozialen Fortschritts: Dies ist der eigentliche Geist unseres europäischen Modells. In diesem Zusammenhang wird die belgische Präsidentschaft für die Entwicklung einer ambitionierten Politik sorgen, um den Zugang zur Beschäftigung zu verbessern.

Im Rahmen der Sozialagenda und der laufenden Strukturreformen wird die belgische Präsidentschaft über Zielvorgaben und Kontrollindikatoren eine Konvergenz in Richtung auf höhere Sozialstandards unterstützen. Dieser Ansatz sollte die Bereiche sozialen Schutz, Renten und Gesundheitsversorgung umfassen.

Die belgische Präsidentschaft strebt konkrete Fortschritte in der Debatte über Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse an.

Das Jahr 2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. In diesem Rahmen wird die belgische Präsidentschaft Überlegungen zur Stärkung des Sozialschutzes anstoßen.

Die Präsidentschaft möchte Fortschritte im Kampf gegen die Diskriminierung und für die Gleichheit erreichen.

Die Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die Union wird auf der Agenda des Rates stehen.

Die belgische Präsidentschaft wird im Übrigen den Mehrwert der Europäischen Union für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit hervorheben.

Der Wandel in Richtung einer CO₂-armen Wirtschaft durch den möglichst effizienten Einsatz der Energieressourcen und natürlichen Ressourcen stellt die

zentrale Herausforderung des nächsten Jahrzehnts dar. Die Arbeit der Europäischen Union wird in den kommenden Jahren zu einem großen Teil der **Umwelt** und dem **Klima** gewidmet sein.

Die belgische Präsidentschaft wird, gemeinsam mit der Kommission, darauf achten, dass die Stimme der Europäischen Union in den internationalen Verhandlungen nach der Konferenz von Kopenhagen gehört wird. Das angestrebte Ziel besteht darin, zu Fortschritten und konkreten Ergebnissen im Hinblick auf das Treffen zur Klimarahmenkonvention zu kommen, das für November 2010 in Cancún vorgesehen ist. Die internationale Gemeinschaft muss sich im Bereich der Senkung der Treibhausgasemissionen ambitionierte Ziele setzen und konkrete Verpflichtungen zu Gunsten der Entwicklungsländer eingehen. Die europäische Union muss in diesen Debatten ihr ganzes Gewicht einsetzen und sie auch weiterhin vorantreiben.

Die belgische Präsidentschaft wird außerdem darauf achten, die Verbindung zu den neuen Zielen der europäischen Energie- und Verkehrspolitik herzustellen, um den Wandel in Richtung einer grünen Wirtschaft voranzutreiben. Auch eine Anpassung des Steuersystems zur Realisierung dieser Ziele muss in Betracht gezogen werden. Sie wird die Arbeit des Rates für eine Einigung über eine europäische Gesetzgebung fortsetzen, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen würde, sich die durch den Straßenverkehr verursachten externen Kosten von den Straßenbenutzern zurückzuholen.

Die Themen Artenvielfalt sowie die nachhaltige Nutzung von Materialien werden ebenfalls herausragende Themen auf der europäischen Agenda sein. Die belgische Präsidentschaft wird die Teilnahme der Europäischen Union an der 10. Konferenz der Vertragsparteien der Biodiversitätskonvention vorbereiten, die im Oktober 2010 in Nagoya stattfinden wird.

Besonderes Augenmerk wird auf die Verbesserung unserer gesetzgeberischen Instrumente im Umweltbereich gelegt werden.

* *
*

Der Aufbau einer offenen und sicheren Union, die ihren Bürgern dient, ihre Grundfreiheiten sichert und sie schützt, stellt eine große Herausforderung dar. Sie muss umgesetzt werden durch die Vertiefung und Vollendung eines **europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts**. Der Vertrag von Lissabon bietet in dieser Hinsicht neue Möglichkeiten. Die belgische Präsidentschaft

beabsichtigt, diese zu nutzen, um eine neue Dynamik in diesem Bereich zu entfalten, in enger Abstimmung mit der Kommission und dem Parlament. In diesem Kontext werden wir das Mehrjahresprogramm von Stockholm (2010-2014) umsetzen.

Das Ziel der Herstellung eines einheitlichen Asylverfahrens und eines einheitlichen internationalen Schutzstatus bis 2012 wird aktiv verfolgt werden. Der Kampf gegen den Terrorismus, die organisierte Kriminalität, die illegale Einwanderung und insbesondere den Menschenhandel werden Prioritäten im Bereich der Innenpolitik sein. Die legale Migration wird auch ein Schwerpunkt der Präsidentschaft sein. Die gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen wird das zentrale Element des Programms der belgischen Präsidentschaft im Bereich der Justiz sein. Der unleugbaren Fortschritt, den die Freizügigkeit bringt, muss mit der Herstellung eines echten gemeinsamen europäischen Raums des Rechts und der Sicherheit einhergehen.

Besonderes Augenmerk wird dabei auf die außenpolitische Dimension dieser Fragen gelegt werden. Sowohl die Herausforderungen der Migration als auch der Kampf gegen das organisierte Verbrechen, den Menschenhandel, den Drogenhandel und der Kampf gegen den Terrorismus müssen zum integralen Bestandteil der Außenpolitik der Europäischen Union werden.

* *

*

Mit dem Vertrag von Lissabon hat sich die Europäische Union solide Institutionen gegeben, die es ihr ermöglichen, ihr **außenpolitisches Handeln** zu verstärken. Die Anziehungskraft der Europäischen Union als wichtigste regionale Organisation der Welt und als Akteurin des Friedens und des Wohlstands bleibt ungebrochen.

Um der Union eine effiziente Diplomatie zu geben, wird die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes in diesem zweiten Halbjahr 2010 abgeschlossen. Was die Außenvertretung der Union betrifft, möchte die belgische Präsidentschaft das Potenzial des neuen Vertrages optimieren und favorisiert daher die einheitliche Vertretung.

Die Union ist dazu bereit, den Erweiterungsprozess fortzusetzen. Das Tempo der Aufnahme neuer Mitglieder ergibt sich nach Maßgabe der eigenen Leistungen der jeweiligen Kandidaten. So könnten die Verhandlungen mit Kroatien in die letzte Phase treten und die Verhandlungen mit der Türkei werden fortgesetzt.

Der Europäische Rat hat im Juni entschieden, die Beitrittsverhandlungen mit Island zu eröffnen. Der Rat wird im zweiten Halbjahr seine Prüfung der Empfehlung der Kommission fortsetzen, die Beitrittsverhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien aufzunehmen. Gemäß der Mitteilung an die Ministerkonferenz von Sarajevo am 2. Juni 2010 wird die Präsidentschaft auch an der Konkretisierung der Annäherung der westlichen Balkanstaaten arbeiten, in Übereinstimmung mit den etablierten Verfahren und dem jeweiligen Fortschritt der Reformen.

Die Regierungschefs und die Regierungen der Europäischen Union werden im Rahmen zweier Gipfeltreffen mit ihren Amtskollegen aus Asien und Afrika zusammentreffen. Unser Wunsch ist es, die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit diesen Kontinenten zu vertiefen und mit ihnen gemeinsam die globalen Herausforderungen anzugehen.

Die Union wird weiterhin für eine Öffnung eintreten und der protektionistischen Versuchung widerstehen. In diesem Zusammenhang wird sich die Präsidentschaft für die Fortführung der Arbeiten der Doha-Runde bis zu ihrem Abschluss einsetzen. Die Union wird im Übrigen weiterhin bilaterale und regionale Handelsabkommen mit ihren wichtigsten Partnern aushandeln und abschließen.

Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten und ihre vollständige Integration in alle Handlungsbereiche der EU werden auch weiterhin Priorität in der Außenpolitik der EU haben.

Besonderes Augenmerk wird auf die Vorbereitung des hochrangigen Treffens der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum 10. Jahrestag der Millenniumserklärung gelegt werden.

* *

*

Das Potenzial des neuen Vertrags muss in allen Politikbereichen der Union genutzt werden. Um die notwendigen Mittel für diese Politikbereiche zu sichern, muss das Budget 2011 unter der belgischen Präsidentschaft zum Abschluss gebracht werden. Diese wird auch, in einer langfristigeren Perspektive, die Debatte über die zukünftigen finanziellen Perspektiven aufnehmen.

Im Zuge der Bemühungen, den europäischen Aufbau für die Bürger greifbar und zugänglich zu machen, wird die belgische Präsidentschaft die Bemühungen der

spanischen Präsidentschaft fortsetzen, die im Vertrag von Lissabon vorgesehene Bürgerinitiative zu übernehmen.

Wir glauben an die Kraft unseres Modells und unserer gemeinsamen Werte, die wir im Laufe der letzten fünf Jahrzehnte aufgebaut haben. Die europäische Union hat die Entwicklung unseres Kontinents ermöglicht und sichert heute über 500 Millionen Bürgern Wohlstand und Frieden. Allerdings ist dieses Modell anspruchsvoll. Daher kann sich die Union nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen.

„Bringen wir Europa gemeinsam in Gang!“

OPERATIONNELLES PROGRAMM

ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN

Die Umsetzung des Vertrags von Lissabon

Die belgische Präsidentschaft wird die Arbeit der vorhergehenden Präsidentschaften im Hinblick auf die Umsetzung des Vertrags von Lissabon fortführen. Sie wird darauf achten, dass diese Arbeit ganz im Sinne der angestrebten Ziele durchgeführt wird, das Handeln der Union effizienter, kohärenter und transparenter zu machen. Aufbauend auf dem von der spanischen Präsidentschaft Erreichten wird die belgische Präsidentschaft, in enger Zusammenarbeit mit allen betroffenen Akteuren, dafür sorgen, dass die Arbeitsmethoden und die Verteilung der Verantwortlichkeiten ganz im Sinne des Vertrags von Lissabon gefestigt und stabilisiert werden.

Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes

Die Entscheidung und die damit zusammenhängenden Instrumente zur Organisation und zu den Funktionen des Europäischen Auswärtigen Dienstes müssen verabschiedet werden. Damit erhält die Europäische Union ein wesentliches Instrument zur Stärkung der Kohärenz, der Kontinuität und der Effizienz ihrer Außenpolitik. Die belgische Präsidentschaft wird die Hohe Vertreterin unterstützen, damit der Europäische Auswärtige Dienst auf effektive Weise eingerichtet werden kann und sobald wie möglich seine Arbeit aufnehmen kann.

Das Recht zur Bürgerinitiative

Das Recht zur Bürgerinitiative stellt eine der wichtigen Innovationen des Vertrags von Lissabon dar. Es erlaubt den europäischen Bürgern, sich noch mehr in europäischen Belangen zu engagieren und wird die Stärkung des europäischen öffentlichen Raums begünstigen. Die belgische Präsidentschaft wird die unter der spanischen Präsidentschaft unternommenen Arbeiten fortführen, mit dem Ziel der Verabschiedung einer Verordnung, in der die Verfahren und Bedingungen für die effektive und effiziente Umsetzung dieses Rechts festlegt werden, durch den Rat und das europäische Parlament.

Delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte

Die belgische Präsidentschaft wird die Arbeiten fortführen, die im Hinblick auf die Umsetzung der Bestimmungen in Bezug auf delegierte Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte unternommen wurden.

Der Vertrag von Lissabon sieht vor, dass die Regeln, die die Modalitäten für die Kontrolle der Ausübung der Durchführungsbefugnisse der Kommission durch die Mitgliedstaaten bestimmen, Gegenstand einer Verordnung sein müssen. Die belgische Präsidentschaft wird die unter der spanischen Präsidentschaft begonnene Arbeit im Hinblick auf die Verabschiedung einer solchen Verordnung durch den Rat und das europäische Parlament fortführen.

Solidaritätsklausel

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten handeln, in den Worten des Vertrags von Lissabon, gemeinsam und solidarisch, wenn ein Mitgliedstaat Opfer eines terroristischen Anschlags oder einer Naturkatastrophe bzw. einer vom Menschen verursachten Katastrophe wird. Die Modalitäten der Umsetzung dieser Solidaritätsklauseln müssen in einer Entscheidung festgelegt werden. Wenn der gemeinsame Vorschlag der Hohen Vertreterin und der Kommission im Laufe des zweiten Halbjahres 2010 vorgelegt werden sollte, wird die belgische Präsidentschaft die Arbeit aufnehmen, damit diese Klausel so schnell wie möglich in Kraft treten kann.

Wirtschaftspolitische Steuerung und Europa 2020

Entsprechend der vom Europäischen Rat getroffenen Entscheidungen und aufgrund der Vorschläge der Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Präsidenten des Europäischen Rats wird die belgische Präsidentschaft die Umsetzung der Maßnahmen sicherstellen, die auf eine Stärkung des Pakts für Stabilität und Wachstum und auf eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung abzielen.

Die belgische Präsidentschaft wird dem effektiven Anlauf der europäischen Strategie für Beschäftigung und Wachstum in jeder betroffenen Formation des Rates unter Berücksichtigung der Multi-Level-Governance die erforderliche Aufmerksamkeit widmen. Insbesondere in der Strategie Europa 2020 wird die belgische Präsidentschaft darauf achten, die wichtigsten Beteiligten, auch diejenigen auf regionaler und lokaler Ebene, an der Umsetzung der Strategie zu beteiligen, um bessere Ergebnisse zu erzielen.

Gegen Ende des Jahres 2010 werden die nationalen Reformprogramme und Stabilitäts- und Konvergenzprogramme gleichzeitig der Kommission vorgestellt werden. Darüber hinaus müssen die Mitgliedstaaten auf Grundlage eines Dialogs mit der Kommission ihre nationalen Ziele und die identifizierten Engpässe berücksichtigen.

Entsprechend der Entscheidung des Europäischen Rates vom März 2010 wird sich der Europäische Rat ab Oktober mit Forschung und Entwicklung beschäftigen und insbesondere die Mittel untersuchen, die es ermöglichen, das Innovationspotential und die Wettbewerbsfähigkeit Europas vor dem Hintergrund der Herausforderungen, vor denen Europa steht, zu stärken. Die belgische Präsidentschaft wird darauf achten, dass die Debatte von allen betroffenen Formationen des Rates vorbereitet und geführt wird.

Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt

Die belgische Präsidentschaft beabsichtigt, die Debatte über die Zukunft der Politik des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts fortzuführen, die von der Europäischen Kommission seit 2007 geführt wird. Unter diesem Gesichtspunkt wird sie an die Arbeit der vorhergehenden Präsidentschaften anknüpfen und sich auf die verschiedenen Evaluierungen sowie auf die von der Kommission unternommenen Sondierungsarbeiten stützen. Der fünfte Kohäsionsbericht, der von der Kommission im November 2010 verabschiedet werden wird, wird im Mittelpunkt des informellen Treffens der für die Kohäsionspolitik zuständigen Minister unter der belgischen Präsidentschaft stehen.

Im Kontext der Strategie Europa 2020 wird die belgische Präsidentschaft die Rolle der Kohäsionspolitik und der Strukturfonds vertiefen, als langfristiges Instrument, das darauf abzielt, die vorrangigen Ziele eines intelligenten, nachhaltigen und integrierten Wachstums auf der Ebene der Mitgliedstaaten und der Regionen zu erreichen. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Problematik der industriellen Umstellung sein. Die dynamische Rolle der Städte und ihre nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung müssen besser herausgestellt werden. Schließlich wird die belgische Präsidentschaft ihre Aufmerksamkeit auf die zukünftigen Ziele der Kohäsionspolitik, ihre geografischen und thematischen Ziele und die Beziehungen zwischen Kohäsion und regionaler Wettbewerbsfähigkeit richten.

Die belgische Präsidentschaft wird die Bemühungen der spanischen Präsidentschaft in Bezug auf die Partnerschaft zwischen EU, Mitgliedstaaten, lokalen und regionalen Stellen fortsetzen, insbesondere im Rahmen der „Multi-Level-Governance“.

Finanzrahmen

Die belgische Präsidentschaft wird eine Reihe von Budgetfragen behandeln, wie etwa die Neufassung des Abkommens zwischen dem Parlament und dem Rat über Fragen der Verwaltung der jeweiligen Budgets, die Auswirkungen der Änderung

der Mehrheitsregeln bei Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon oder auch die Annahme der neuen Regeln bezüglich des Finanzrahmens.

Was den Finanzrahmen 2007-2013 betrifft, wird die belgische Präsidentschaft im Rat in angemessener Weise an die von der Kommission vorgelegte Evaluierung des mehrjährigen Finanzrahmens anknüpfen. Die Schlussfolgerungen sollten im Budget für 2011 berücksichtigt sein.

Die belgische Präsidentschaft wird die globale Evaluierung des Budgets für die Zukunft weiterverfolgen, für das eine Mitteilung der Kommission für das dritte Quartal 2010 erwartet wird.

Erweiterung

Der Prozess der Erweiterung bleibt ein großer Anreiz für die Umsetzung politischer und wirtschaftlicher Reformen in Ländern, die die Mitgliedschaft in der Union anstreben. Gemäß dem erneuerten Beschluss zur Erweiterung vom Dezember 2006 wird die belgische Präsidentschaft die Verhandlungen unter Berücksichtigung der in den einzelnen Ländern erzielten Fortschritte und Erfolge weiterführen.

Die Verhandlungen mit Kroatien sind in die entscheidende Phase getreten. Die belgische Präsidentschaft wird Kroatien in seinen Bemühungen begleiten und unterstützen, um die Beitrittsverhandlungen nach der Erfüllung sämtlicher Bedingungen schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen. Die belgische Präsidentschaft ermutigt die Türkei, die erforderlichen Reformen weiterzuverfolgen, die zur Erfüllung sämtlicher Kriterien von Kopenhagen sowie zur Eröffnung der Verhandlungen zu den Kapiteln des gemeinschaftlichen Besitzstands erforderlich sind. Diese Reformen sollen dazu beitragen, dass die im Oktober 2005 aufgenommenen Beitrittsverhandlungen im vorgesehenen Tempo fortgesetzt werden können.

Die belgische Präsidentschaft wird die formelle Entscheidung des Europäischen Rates vom 17. Juni 2010 umsetzen, die Beitrittsverhandlungen mit Island zu eröffnen und sie wird ein gemeinsames Vorgehen innerhalb des Rates anstreben bezüglich der Prüfung der Empfehlung der Kommission, Beitrittsverhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien aufzunehmen.

Die belgische Präsidentschaft unterstützt die übrigen westlichen Balkanländer auf ihrem Weg zu einer Stabilisierung innerhalb der Region und einer Annäherung an die EU entsprechend dem auf den Gipfeln von Zagreb und Thessaloniki vorgezeichneten Weg. Daher ermutigt sie diese Länder, ihre regionale

Zusammenarbeit zu verstärken und alle insbesondere im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses verfügbaren Instrumente zu nutzen.

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Im Laufe der letzten Monate wurden auf europäischer Ebene schon wichtige Initiativen ergriffen, um die Auswirkungen der wirtschaftlichen und finanziellen Krise, die unsere Volkswirtschaften ergriffen hat, abzumildern, das Vertrauen der Investoren und der Bürger wiederherzustellen und den Weg zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum zu ebnen.

Es müssen jedoch noch zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um die finanzielle Stabilität zu gewährleisten und den größten Herausforderungen zu begegnen, wie etwa den Herausforderungen im Zusammenhang mit der alternden Gesellschaft, mit dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit einiger unserer Volkswirtschaften, mit der Sanierung der öffentlichen Finanzen und mit der Finanzierung der Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel. Die Präsidentschaft gewährleistet die notwendige Fortsetzung der Arbeiten der vom Europäischen Rat im März 2010 eingerichteten Arbeitsgruppe zur Untersuchung der notwendigen Maßnahmen zur Sicherstellung einer besseren wirtschaftlichen Koordination und einer strengeren Haushaltsdisziplin.

Reformen des Finanzsektors

Unter der belgischen Präsidentschaft wird sich der Rat bemühen, die finanzielle Integration zu festigen, eine neue Architektur der Aufsicht über den Finanzsektor zu schaffen, die Stabilität des Finanzsystems zu stärken und den Schutz der Verbraucher und Investoren zu verbessern. Die belgische Präsidentschaft wird in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament einen mehrjährigen Aktionsplan ausarbeiten, der die Gesamtheit der in der Europäischen Union durchzuführenden Finanzdienstleistungsreformen festlegt, unter Berücksichtigung insbesondere der laufenden Projekte und Fortschritte innerhalb der G20.

Die Einrichtung der neuen Aufsichtsstruktur auf der Ebene der Europäischen Union Ende des Jahres, in Übereinstimmung mit den Schlussfolgerungen der „Larosière“-Gruppe, wird von entscheidender Bedeutung sein. Auf makroprudentieller Ebene soll der Europäische Ausschuss für Systemrisiken solche Systemrisiken für die finanzielle Stabilität erkennen und identifizieren. Auf mikroprudentieller Ebene sollen die europäischen Aufsichtsbehörden, die zusammen mit den nationalen Aufsichtsbehörden das europäische Finanzaufsichtssystem bilden, zur Entwicklung

eines „Single Rule Book“ beitragen und die Annäherung der Aufsichtspraktiken fördern. Dabei ist für eine bessere Anwendung des Gemeinschaftsrechts, eine bessere Einbeziehung der grenzüberschreitenden Systemrisiken sowie eine schnellere Reaktion im Krisenfall zu sorgen. Auf der Grundlage der Erörterungen, in Abstimmung mit dem Parlament und der Kommission, wird die Präsidentschaft darauf achten, dass diese neuen Institutionen bis Anfang des Jahres 2011 ihre Arbeit aufnehmen können.

Die Instrumente zur Krisenprävention und -lösung müssen ausgebaut werden, insbesondere im Hinblick auf systemische Institutionen und grenzüberschreitende Probleme.

Angesichts der Verantwortung des Finanzsektors in der Krise wird der Rat untersuchen, wie der Finanzsektor angemessen an der Finanzierung der Mechanismen zur Krisenprävention und zum Krisenmanagement sowie am Schutz der Sparer vor Finanzinstitutionen mit Liquiditätsproblemen beteiligt werden kann.

Um die Belastbarkeit und die Stabilität der Finanzinstitutionen im Krisenfall zu verbessern, ist es wichtig, angemessenere Kapital- und Liquiditätsanforderungen festzulegen, in Übereinstimmung mit den Richtlinien, die sich aus den auf internationaler Ebene unternommenen Arbeiten ergeben dürften (insbesondere Basler Ausschuss und Finanzstabilitätsrat). Die belgische Präsidentschaft wird auf die Kohärenz und die kumulativen Effekte dieser verschiedenen Reformen achten.

Auf der Grundlage der Vorschläge der Kommission wird der Rat Gesetzgebungsinitiativen prüfen in Bezug auf:

- die Förderung der Sicherheit der Derivatemärkte, durch Stärkung der Transparenz und Minderung des Adressatenausfallrisikos, insbesondere über das zentrale Gegenpartei-Clearing für standardisierte derivative Produkte;
- Leerverkäufe und *Credit Default Swaps*;
- die Verfolgung einer Reform der europäischen Gesetzgebung über die Einlagengarantiesysteme und den Schutz der Anleger, um den Verbraucherschutz zu stärken, auf der Grundlage der Entscheidung des Rates, das Garantieniveau für Einlagen auf 100 000 Euro anzuheben und für eine größere Effizienz der Richtlinie über die Einlagensicherung zu sorgen;
- die Vertiefung des Binnenmarktes durch Initiativen wie die Revision der Richtlinie über Finanzkonglomerate oder die Festsetzung eines Enddatums für den Eintritt in den einheitlichen EURO-Zahlungsverkehrsraum (SEPA).

Die Revision der Richtlinie über Marktmissbrauch wird auch auf der Agenda des Rates stehen. Außerdem wird die belgische Präsidentschaft darauf achten, dass

die Verhandlungen über die Richtlinie zu den Managern alternativer Investmentfonds (Richtlinie AIFM) fortgesetzt werden, die darauf abzielt, Hedgefonds und Private-Equity-Unternehmen entsprechend den beim G20-Treffen eingegangenen Verpflichtungen zu regulieren.

Auf der Grundlage des Vorschlags der Europäischen Kommission wird der Rat die Aufsicht über die Rating-Agenturen der *European Securities Markets Authority* übertragen.

Haushaltspolitik

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Aufgrund der aktuellen globalen Situation wird kurzfristig die Priorität darauf liegen, die Glaubwürdigkeit in die kurative Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts wiederherzustellen. Da derzeit gegen zahlreiche Mitgliedstaaten Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits laufen, ist es wichtig, dass die genehmigten Fristen für die Realisierung der Anpassungen strikt eingehalten werden. Der Rat wird unter der belgischen Präsidentschaft von Beginn an darauf achten, die Pläne, die auf eine Haushaltskonsolidierung abzielen, und die strukturellen Reformen zu beschleunigen, wenn dies angemessen ist. Damit soll die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und ein dauerhaftes und stärkeres Wachstum innerhalb der Union zu gewährleistet werden.

Besonderes Augenmerk wird auf die Verfolgung der Einrichtung eines europäischen Mechanismus zur finanziellen Stabilisierung gelegt werden.

Unter der belgischen Präsidentschaft wird der Rat die Umsetzung der Vorschläge der im März 2010 gegründeten Arbeitsgruppe behandeln, wie vom Europäischen Rat übernommen. Diese Maßnahmen haben zum Ziel, die Wirtschaftsregierung der Europäischen Union zu stärken und einen soliden Rahmen für das Management und die Lösung der Krise zu bilden, unter Respektierung der Haushaltsverantwortung eines jeden Mitgliedstaates.

Die Stärkung der Funktionsweise von Eurostat in der Kontrolle und Prüfung der Qualität der öffentlichen Finanzen im Rahmen der Stabilitätsprogramme wird fortgesetzt werden, um die Glaubwürdigkeit und die Qualität der öffentlichen Finanzen zu sichern.

Eurozone

Der Rat soll die Entscheidung formell billigen, die es Estland erlaubt, ab dem 1. Januar 2011 den Euro als Währung zu übernehmen.

Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit

Der Rat wird bestrebt sein, das Vertrauen wiederherzustellen und das intelligente, nachhaltige und integrative Wachstum der Europäischen Union zu erhöhen, um zukünftigen Herausforderungen begegnen zu können. Dafür werden strukturelle Reformen und entschiedene politische Maßnahmen im Sinne der Strategie Europa 2020 erforderlich sein. Die Realisierung dieses Wachstumspotenzials setzt voraus, dass gleichzeitig die Probleme der Engpässe, der fehlenden Glieder und der neuen Grenzen des Binnenmarkts angegangen werden.

Die Krise hat die bestehenden Ungleichgewichte und die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Mitgliedstaaten offenbart. Die EU muss dringend darauf reagieren und die schlechter gewordene Wettbewerbsfähigkeit korrigieren, die sich durch Defizite in der Zahlungs- und Leistungsbilanz zeigt. Diese Probleme sind besonders für die Länder der Eurogruppe wichtig, die bisher von ihrer Zugehörigkeit zur Wirtschafts- und Währungsunion profitiert haben, die jedoch gegenwärtig vor großen Anpassungsanforderungen und -zwängen stehen.

Innovative Finanzierungsmöglichkeiten

Während der belgischen Präsidentschaft wird der Rat die verschiedenen Vorschläge zur innovativen Finanzierung gleich im Anschluss an die internationale Agenda und auf der Grundlage der vorbereitenden Arbeit der Europäische Kommission prüfen. Er wird auch ihre Wechselwirkungen mit anderen internationalen, europäischen oder nationalen Initiativen prüfen und dabei auch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung gleicher Wettbewerbsbedingungen zwischen den wirtschaftlichen Akteuren berücksichtigen. Die belgische Präsidentschaft wird die Arbeiten in Bezug auf eine *Global Transaction Tax* fortführen.

Steuern

Im Bereich der direkten Steuern werden die Diskussionen über die Modalitäten der Erweiterung und Verbesserung der Abschlagsteuern auf Zinserträge innerhalb der Europäischen Union und im Hinblick auf Drittländer fortgesetzt.

Außerdem wird der Rat unter der belgischen Präsidentschaft versuchen, mit Drittländern eine Übereinkunft über die Zusammenarbeit und den Austausch von Auskünften im Bereich der direkten Steuern zu erzielen und eine weitgehende Zustimmung zu den Grundsätzen der steuerlichen „Good Governance“ zu erreichen.

Die drei Präsidenschaften haben sich verpflichtet, ihre Unterstützung der Arbeiten der Gruppe „Verhaltenskodex“ auf dem Gebiet der Unternehmenssteuern zu verlängern. Diese betreffen den Abbau schädlicher Steuermaßnahmen sowie Fragen aus dem Arbeitsprogramm der Gruppe (insbesondere Bekämpfung von Missbräuchen, Beziehungen zu Drittländern, Transparenz und Austausch von Auskünften im Bereich der Transferkosten sowie administrative Praktiken).

Der Rat wird die steuerpolitische Initiative unter dem Aspekt der Priorität für den Bürger begleiten. Im Rahmen der Wiederbelebung des Binnenmarktes wird es das Ziel sein, Interessensbereiche des Bürgers zu bestimmen, in denen freiwillige Initiativen initiiert werden.

Auf dem Gebiet der indirekten Steuern wird die Modernisierung der auf das allgemeine Mehrwertsteuersystem angewandten Regeln und der im Kampf gegen Steuerbetrug angewandten Regeln gefördert werden.

Was das Mehrwertsteuersystem betrifft, wird es darum gehen, die Arbeiten im Zusammenhang mit der Behandlung von Versicherungen und Finanzdienstleistern sowie im Zusammenhang mit der Neufassung der Ausführungsverordnung der Richtlinie über das gemeinsame System fortzuführen.

Die mehrwertsteuerliche Behandlung von Postdienstleistungen wird ebenfalls diskutiert werden.

Die Arbeiten zum Sonderrahmen für Reisebüros, zum Vorschlag für die mehrwertsteuerliche Behandlung von Gutscheinen und zu dem ab 2010 anwendbaren einheitlichen Mindestmehrwertsteuersatz werden ebenfalls gefördert.

Der Rat wird das *Reverse-Charge*-Verfahren prüfen, um Betrug bei Abgaben auf bestimmte Waren zu verhindern, sei es durch individuelle Ausnahmeregelungen für bestimmte Mitgliedstaaten oder durch die Ausweitung des Verfahrens auf immaterielle Güter wie Gas und Elektrizität.

Eine Verschiebung der Besteuerung der Arbeit in Richtung auf Veranlagungen im Zusammenhang mit umweltschädlichem Verhalten sollte unterstützt werden, wobei darauf zu achten ist, dass die allgemeine Steuerlast nicht zunimmt. Ein Austausch bewährter Verfahren könnte in dieser Hinsicht hilfreich sein. Dieser Prozess wird die möglichen positiven Aspekte einer Umweltsteuer sowie die Notwendigkeit, in bestimmten Volkswirtschaften den Steuerdruck auf die Arbeit spürbar zu verringern, zu berücksichtigen haben. Sobald die Kommission einen

Richtlinienvorschlag in Bezug auf die Energiebesteuerung einbringt, wird auf ihn ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Die außenpolitische Rolle der Europäischen Union

Auf der weltweiten Bühne muss die Europäische Union durch Stärkung ihrer internationalen Rolle in den verschiedenen Foren die politischen Entscheidungen stärker mitbestimmen. Das gilt insbesondere für das G20-Finanzministertreffen, bei dem die Präsidentschaft die Koordinierung einer europäischen Position übernehmen wird, um die Legitimität der Beschlüsse zu bekräftigen und ihre Annahme durch alle Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Die belgische Präsidentschaft wird auch dafür sorgen, dass die Nachverfolgung und die Umsetzung der beschlossenen Vereinbarungen gewährleistet werden.

Die Reformen der internationalen Finanzinstitute (IFI), die Rolle des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses (IMFC), die Aufgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Mittel müssen angepasst werden, um den Herausforderungen des globalen Währungssystems besser gerecht zu werden und die Effektivität der Aufsicht zu verbessern und auszuweiten.

Neben der *Fast-Start*-Finanzierung, zu der auf der UNFCCC in Cancún Ende 2010 ein Bericht erwartet wird, muss der Rat seinen Beitrag zu den längerfristigen Finanzierungsproblemen, zu den Finanzierungsquellen, den Finanzierungsmodalitäten (*Principles for Global Contributions, Level of Public and Private Financing, Market-Based Instruments, Innovative Financing*) sowie zur Regelung der zukünftigen internationalen Finanzarchitektur leisten.

Auf der Grundlage eines Gesetzgebungsvorschlags der Kommission in Bezug auf externe Aufgaben der Europäischen Investitionsbank (EIB) wird die Zwischenprüfung der Aufgaben für den Zeitraum 2007-2013 weitergeführt, um zu einer Entscheidung zwischen dem Rat und dem Parlament zu kommen. Im Übrigen wird die Prüfung der längerfristigeren Optionen die Einrichtung eines Verfahrens erfordern, um die Prüfung fortsetzen zu können.

Haushalt der Union

Die belgische Präsidentschaft wird das erste Verfahren zur Ausarbeitung des Haushalts (2011) nach den Regeln des Vertrags von Lissabon durchführen, der dem Europäischen Parlament und dem Rat gleiche Haushaltskompetenzen einräumt. Die Präsidentschaft wird für einen ruhigen Verlauf dieses Verfahrens sorgen.

Die Präsidentschaft wird sich auch mit der Überarbeitung des Abkommens zwischen dem Parlament und dem Rat über Fragen der Verwaltung der jeweiligen Budgets, mit den Auswirkungen der Änderung der Mehrheitsregeln bei Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon oder auch mit der Annahme der neuen Regeln im Hinblick auf die finanziellen Perspektiven befassen müssen.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT (BINNENMARKT, INDUSTRIE UND FORSCHUNG)

Binnenmarkt

Zuallererst müssen wir den Binnenmarkt stärken. Der Monti-Bericht enthält Empfehlungen zu den Problemen der Engpässe, der fehlenden Glieder und der neuen Grenzen des Binnenmarktes. Auf der Grundlage dieses Berichts und der diesbezüglichen Mitteilung der Kommission wird die belgische Präsidentschaft die Debatte über den Ausbau und die Vollendung des Binnenmarkts in all seinen Aspekten sowie über die Umsetzung und die Einhaltung seiner Regeln wiederaufnehmen. Damit soll der Boden für das Weißbuch der Kommission bereitet werden.

Die Schaffung eines echten Online-Marktes und die Realisierung eines „digitalen Binnenmarktes“ sind in dieser Hinsicht vorrangig. Die Kommission sollte Vorschläge für ein besseres Funktionieren des Online-Marktes im Sinne der Verbraucher, der Bürger und der KMU präsentieren. Der Binnenmarkt kann sich ohne effiziente Wettbewerbsregeln, einen wirksamen Schutz des geistigen Eigentums und die Achtung der Verbraucherrechte nicht entwickeln. Die belgische Präsidentschaft wird die Initiativen für eine Wiederaufnahme der Debatte über die Effektivität und die Zukunft des Binnenmarktes unterstützen.

Die Mitteilung der Kommission über die Instrumente einer intelligenten Regulierung (*Smart Regulation*) wird unter der belgischen Präsidentschaft im Rat erörtert werden.

Unter der belgischen Präsidentschaft wird der Rat gegebenenfalls die Initiative der Kommission über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse prüfen.

Auf der Grundlage der Evaluierung der Kommission wird die Präsidentschaft die Umsetzung und Implementierung der Dienstleistungsrichtlinie bilanzieren.

Im Anschluss an die von der spanischen Präsidentschaft durchgeführten Arbeiten möchte die belgische Präsidentschaft eine endgültige Vereinbarung über die Richtlinie zum Zahlungsverzug verabschieden.

Geistiges Eigentum

Der angemessene Schutz des geistigen Eigentums wurde in der Strategie Europa 2020 als eine der wichtigsten Bremsen erkannt, die einem guten Funktionieren des Binnenmarktes entgegenstehen. Die Innovation und ein angemessener Schutz

innovativer Ideen bilden auf europäischer Ebene ein Ganzes. Unter der belgischen Präsidentschaft wird der Rat seine Arbeit fortsetzen, um die verbleibenden offenen Fragen im Hinblick auf das EU-Patent und das integrierte einheitliche System zur Beilegung von Patentstreitigkeiten zu klären.

Im Bereich des Urheberrechts wird die Gesetzgebungsinitiative der Kommission über verwaiste Werke unter belgischer Präsidentschaft Gegenstand einer ersten Orientierungsdebatte im Rat sein. In Anbetracht der digitalen Entwicklung von Bibliotheken wie etwa Europeana und privater Initiativen wird sich der Rat mit der Zweckmäßigkeit einer europäischen Gesetzgebung in diesem Bereich befassen.

Unter den zahlreichen laufenden Initiativen, sowohl auf europäischer Ebene als auch international, zum Schutz der geistigen Eigentumsrechte wird die belgische Präsidentschaft den Verhandlungen über das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) Vorrang einräumen, um sie bis Ende 2010 abzuschließen.

Glücksspiele

Entsprechend den Überlegungen der Kommission zu Glücksspielen wird der Rat die Diskussionen weiterführen, um eine gemeinsame Lösung für die grenzüberschreitenden Probleme im Zusammenhang mit der Entwicklung der Online-Spiele zu finden.

Industrie, Forschung und Innovation

Die belgische Präsidentschaft wird für die Verknüpfung des horizontalen Ansatzes mit den sektoriellen Dimension sorgen und damit der im Rahmen der Strategie Europa 2020 gestarteten Leitinitiative „Eine Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung“ einen Impuls geben. Diese neue Industriestrategie zielt insbesondere darauf ab, vorausschauend über den Übergang der europäischen Wirtschaft hin zu einer weltweit wettbewerbsfähigen grünen Wirtschaft und über Antworten auf Herausforderungen und Möglichkeiten, die dieser Übergang für die europäische Industrie bedeutet, nachzudenken.

In den Politikbereichen, die mit dem Wettbewerb und dem Binnenmarkt zusammenhängen, wird besonderer Wert auf eine Berücksichtigung der KMU gelegt. In diesem Rahmen wird die Umsetzung des *Small Business Act* erneut untersucht werden. Die Internationalisierung der KMU und der Zugang zu den Auslandsmärkten, die administrative Vereinfachung, Finanzierungsmöglichkeiten und Ausbildung werden die besonders herauszustellenden Themen sein.

Unter der belgischen Präsidentschaft wird der Rat die Verabschiedung der überarbeiteten Regelung in Bezug auf Staatshilfen für die Kohleindustrie anstreben.

Forschung, Entwicklung und Innovation werden im Laufe des zweiten Halbjahres 2010 mit der Leitinitiative „Innovationsunion“ im Rahmen der Strategie Europa 2020 ein Schwerpunkt sein. Entsprechend den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats vom März 2010 soll der Rat mit Blick auf den Europäischen Rat im Dezember einen Beitrag zu diesem Thema liefern. Die belgische Präsidentschaft wird insbesondere darauf achten, dass Leitlinien formuliert, politische Ziele definiert und Indikatoren ausgearbeitet werden, mit denen die Realisierung eines Europäischen Forschungsraums (EFR) gemessen werden kann.

Auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission zum Plan für Forschung und Innovation wird die belgische Präsidentschaft einen integrierten Ansatz favorisieren, der die vielfältigen Facetten der Innovation – technologische, nichttechnologische und soziale Facetten – abdeckt, ihre Verbreitung in der gesamten Wirtschaft fördert und auf aktuelle Herausforderungen sowie auf die Bedürfnisse der Unternehmen, insbesondere der KMU, reagiert. Im Kontext des Wissensdreiecks werden die Rolle der *Cluster* und die Beziehungen zwischen den Forschungszentren, der Ausbildung und den Unternehmen untersucht werden.

Im Hinblick auf die Ausarbeitung des 8. Rahmenprogramms wird der Rat unter der belgischen Präsidentschaft die Arbeit zur Vereinfachung der administrativen Verfahren und zur finanziellen Kontrolle des 7. Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung aufnehmen.

Während der belgischen Präsidentschaft wird besonderes Augenmerk auf die Realisierung der drei Initiativen zum freien Wissensaustausch innerhalb des Europäischen Forschungsraums gelegt werden:

- Definieren der Rahmenbedingungen für die Initiative „gemeinsame Planung“, mit den gesellschaftlichen Herausforderungen als Schwerpunkt;
- Fortführen der europäischen Partnerschaft für Forscher, insbesondere um die Mobilität zu erhöhen und den Status der Forscher aufzuwerten;
- Fördern einer besseren Integration der Universitäten und Forschungsinstitute im Wissensdreiecks.

Unter der belgischen Präsidentschaft wird sich der Rat mit der Rolle der Regionen bei der Entwicklung, Umsetzung und Verfolgung der Forschung und der europäischen Wissenschaftspolitik befassen.

Durch strategische Initiativen im Bereich der Bio-Wirtschaft, des Plans zur Entwicklung kohlenstoffemissionsarmer Technologien (SET-Plan) und der Meeresforschung und -technologie wird der Rat unter der belgischen Präsidentschaft den Beitrag von Forschung und Entwicklung zu einer nachhaltigen Gesellschaft untersuchen.

Der Rat wird die Diskussion über das Projekt ITER fortsetzen und eine Prüfung der Verlängerung des 7. Euratom-Rahmenprogramms (Ende voraussichtlich 2011) einleiten, damit es zeitlich mit dem 7. Rahmenforschungsprogramm zusammenfällt, das 2013 endet.

Im Bereich Weltraumforschung wird sich die Präsidentschaft bemühen, bei der Definition eines europäischen Konzepts zur Weltraumforschung Fortschritte zu erzielen und so schnell wie möglich die nachhaltige Nutzung der Leitprogramme der Union im Raumfahrtbereich zu ermöglichen. Schließlich wird die Umsetzung der Kompetenz im Raumfahrtbereich, die der Vertrag von Lissabon der EU einräumt, Gegenstand der vollen Aufmerksamkeit der belgischen Präsidentschaft sein, die insbesondere darauf achten wird, den in Europa vorhandenen Sachverstand und die Infrastruktur im Raumfahrtbereich (insbesondere den Sachverstand und die Infrastrukturen der Europäischen Weltraumorganisation) einzubeziehen.

Verbraucherrechte

Was die Richtlinie über Verbraucherrechte anbelangt, wird der Rat die Arbeiten zur Harmonisierung der Verbraucherrechte fortsetzen und dabei auf einen erhöhten Schutz dieser Rechte achten.

Außerdem möchte die belgische Präsidentschaft eine große Debatte über die Dringlichkeit der weiteren Harmonisierung der wirksamen Kontrolle der verbraucherrechtlichen Besitzstände und über die tatsächliche Respektierung der wirtschaftlichen Rechte des Verbrauchers innerhalb des Binnenmarktes einleiten. Die belgische Präsidentschaft wird, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, Vorschläge zur Verbesserung der konkreten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen nationalen Kontrollbehörden formulieren.

Tourismus

Ausgehend von dem Vorschlag der Kommission zu diesem Thema wird sich die belgische Präsidentschaft bemühen, zur Umsetzung einer koordinierten Aktion zu Gunsten des Tourismussektors einen Beitrag zu leisten. Die Querverbindungen dieses Sektors berühren die Bildung, Beschäftigung, soziale Angelegenheiten, Lebensqualität, Verbraucherschutz, Wirtschaft und Steuern, Verkehr und Mobilität und die Umwelt.

BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHER

Beschäftigung

Die belgische Präsidentschaft wird die erste Präsidentschaft sein, die die europäische Strategie für Beschäftigung umsetzt, die vor dem Hintergrund der Ziele erneuert wurde, die im Rahmen der Strategie Europa 2020 für Wachstum und Beschäftigung festgelegt wurden. Sie wird dafür Sorge tragen, dass dies eine ambitionierte Strategie sein wird, und dass in allen strukturellen Reformen und in den Debatten über die Wettbewerbsfähigkeit die Implikationen für die Beschäftigungspolitik berücksichtigt werden. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und den anderen Institutionen der EU wird sichergestellt werden. Die nationalen Parlamente, die Regionen und die anderen Beteiligten werden an der Umsetzung der Strategie mitwirken. Die Präsidentschaft wird für eine Beteiligung der Sozialpartner sorgen. Im Anschluss an die von der spanischen Präsidentschaft durchgeführten Arbeiten wird der Rat im Laufe der belgischen Präsidentschaft eine Entscheidung über die beschäftigungspolitischen Leitlinien verabschieden.

Entsprechend den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom März 2010 wird die Präsidentschaft dafür sorgen, dass die außerordentlichen Unterstützungsmaßnahmen, die ergriffen wurden, um der Krise zu begegnen, kurzfristig behutsam abgebaut werden, unter Berücksichtigung der makroökonomischen Stabilität, der öffentlichen Finanzen und der Situation auf den Arbeitsmärkten.

Im Rahmen der Strategie Europa 2020 und der Leitinitiative „Beschäftigung und Qualifikationen“ wird der Rat unter der belgischen Präsidentschaft vier vorrangige Handlungsbereiche angehen, auf der Grundlage der Prioritäten und der Arbeiten der Europäischen Kommission, des Parlaments und des Beschäftigungsausschusses:

- Im Zusammenhang mit dem Übergang zu einer kohlendioxidemissionsarmen Wirtschaft wird der Rat unter der belgischen Präsidentschaft Schlussfolgerungen zur Förderung der grünen Arbeitsplätze und des *Greening of all Jobs* verabschieden und Zielvorgaben und Politikmaßnahmen hierzu festlegen, insbesondere im Bereich neue Qualifikationen (*Green Skills*) und Ausbildung sowie im Bereich der Gestaltung der Produktionsweisen und der Arbeitsplätze.
- Angesichts der demografischen Veränderungen möchte die belgische Präsidentschaft Schlussfolgerungen zu neuen Wegen des

Karrieremanagements verabschieden sowie die Beschäftigungsnischen identifizieren, die durch die Alterung der Gesellschaft entstehen (*White Jobs*), und so einen Pakt *Work and Ageing Society* auf den Weg bringen.

- Einsatz für die Integration und die Mobilisierung aller auf dem Arbeitsmarkt verfügbaren Talente sowie gegen jede Form der Diskriminierung in der Beschäftigung (aufgrund des Geschlechts, der kulturellen Verschiedenheit und der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen), um für integrative Arbeitsmärkte und einen größeren sozialen Zusammenhalt zu sorgen.
- Entwicklung der Flexicurity mit dem Konzept *Making Transition Pay*: sicherstellen, dass sich der Beschäftigungswechsel für die Arbeitnehmer und für die gesamte Wirtschaft lohnt; Schaffung hochwertiger Berufsübergänge und Bekämpfung der Segmentierung in der Beschäftigung; gleichzeitig Herstellung von mehr Beschäftigungssicherheit.

In diesem Kontext unterstreicht die belgische Präsidentschaft die Wichtigkeit der Aktivierung der Arbeitslosen sowie der fortgesetzten Verbesserung der Kompetenzen und der Ausbildung, um den Anforderungen des Arbeitsmarkts besser entsprechen zu können. Die Präsidentschaft unterstreicht auch die Rolle der öffentlichen Arbeitsverwaltungen.

Ein weiterer Punkt der Aufmerksamkeit betrifft die Integration der arbeitsmarktfernsten Arbeitslosen.

Die Mitteilung der Kommission zur Jugendarbeitslosigkeit wird Gegenstand einer Orientierungsdebatte im Rat sein, die sich mit Maßnahmen zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen sowie mehr Lehr- und Ausbildungsstellen für Jugendliche beschäftigen wird.

Auf der Grundlage der Arbeiten der Kommission wird die belgische Präsidentschaft im Rat auch ein Nachdenken anregen, um sicherzustellen, dass die wirtschaftlichen Änderungen und Unternehmensumstrukturierungen auf sozial verantwortliche Weise geschehen.

Schließlich wird die belgische Präsidentschaft darauf drängen, dass die europäische Union die Agenda für menschenwürdige Arbeit und den globalen Pakt für Beschäftigung in Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) umsetzt, und wird darauf bedacht sein, auch in den Außenbeziehungen die sozialen Normen zu verteidigen.

Arbeitsrecht

Unter der belgischen Präsidentschaft wird der Rat die Arbeiten für den Vorschlag einer Richtlinie zur Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Gesundheit von Schwangeren, Wöchnerinnen und stillenden Müttern am Arbeitsplatz fortsetzen.

Gleichfalls wird der Rat entsprechend den Ergebnissen der Beratungen mit den Sozialpartnern eine erste Orientierungsdebatte über die Arbeitszeitrichtlinie durchführen.

Unter den anderen Gesetzgebungsinitiativen auf dem Gebiet des Arbeitsrechts wird sich der Rat beschäftigen mit:

- dem Vorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie zur Beschränkung der Gefährdung von Arbeitnehmern durch elektromagnetische Felder, bei dem die belgische Präsidentschaft zu einer politischen Einigung im Rat kommen möchte;
- dem Vorschlag für eine Richtlinie über die Anwendung des Arbeitsrechts auf Seeleute.

Sozialpolitik

Der Rat wird im Rahmen der Arbeit des Ausschusses für Sozialschutz darüber wachen, dass die Überwachung der sozialen Auswirkungen der Krise weiterverfolgt und von den Sozialministern diskutiert wird. Dies betrifft insbesondere die Rolle der automatischen wirtschaftlichen Stabilisatoren.

In Abstimmung mit der Europäischen Kommission wird die belgische Präsidentschaft ihre Anstrengungen zur Verbesserung der Effektivität der offenen Koordinierungsmethode in den Bereichen Gesundheit, Renten und soziale Eingliederung fortsetzen. Die Diskussionen über die Leitinitiative zur Verminderung der Armut sollten dazu beitragen, Initiativen im Bereich des Sozialschutzes und der aktiven Eingliederung zu berücksichtigen, die über den Kampf gegen die Armut hinausgehen.

Auf der Grundlage der vorbereitenden Arbeiten und des Grünbuchs der Kommission wird der Rat Beschlüsse zum Fortbestand, zur Angemessenheit und zur Übertragbarkeit von Rentenansprüchen im Kontext einer alternden Gesellschaft verabschieden. Die Nachhaltigkeit der langfristigen Finanzierung der Renten muss auch auf die Tagesordnung.

Die Schlussfolgerungen des Rates zu den Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse werden sich auf die Arbeiten des Ausschusses für Sozialschutz, des dritten Forums über die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und auf den zweiten Zweijahresbericht der Kommission stützen.

Die belgische Präsidentschaft wird das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung abschließen und darauf achten, dass Lehren für die Zukunft daraus gezogen werden. Dem Rat wird vorgeschlagen, Schlussfolgerungen zur Kinderarmut, zum Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung für alle, zur Obdachlosigkeit und zur Armutsprävention zu verabschieden.

Die belgische Präsidentschaft wird eine Konferenz über Behinderung veranstalten, die sich mit der Koordinierung und der Umsetzung der von den Vereinten Nationen vorgesehenen Instrumente zu diesem Thema befassen wird.

Gleichstellung

Der Rat wird unter der belgischen Präsidentschaft auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission über die neue Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern (2011-2015) Schlussfolgerungen verabschieden. Außerdem wird der Rat Schlussfolgerungen zur gleichen Entlohnung von Frauen und Männern im Rahmen der Weiterverfolgung des Aktionsplans von Peking (UN-Konferenz 1995) verabschieden.

Die belgische Präsidentschaft wird die Arbeiten der spanischen Präsidentschaft im Zusammenhang mit der Richtlinie zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung fortführen.

Schließlich wird die Präsidentschaft ihre volle Aufmerksamkeit dem Kampf gegen die Gewalt gegenüber Frauen widmen.

Gesundheitspolitik: Solidarität und Innovation

Unter der belgischen Präsidentschaft wird der Rat eine politische Diskussion über die Art und Weise führen, wie die Mitgliedstaaten und die Kommission gemeinsam mit den Risiken für die öffentliche Gesundheit umgehen, insbesondere nach der Bewertung der pandemischen Grippe.

Auf der Grundlage einer Mitteilung der Europäischen Kommission wird der Rat Schlussfolgerungen zur Nuklearmedizin und zu Radioisotopen verabschieden.

Der Rat wird unter der belgischen Präsidentschaft die Verhandlungen über den Richtlinienentwurf zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung fortführen.

Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Frage der im Gesundheitssektor Beschäftigten gelegt, auf die sozialen Faktoren der Gesundheit, auf den Kampf gegen den Krebs und chronische Krankheiten, wie auch auf die Solidarität und die Innovation im Bereich der Arzneimittel.

Der Rat wird die Arbeiten über die Gesetzgebungsinitiativen fortsetzen, die das Pharmapaket bilden. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die Vorschläge zur Bekämpfung gefälschter Medikamente und auf die Arzneimittelüberwachung gelegt werden.

Auf internationaler Ebene wird die belgische Präsidentschaft für die Vorbereitung und europäische Koordinierung der Konferenz der Vertragsparteien der Rahmenkonvention zur Bekämpfung des Rauchens sorgen.

Lebensmittel

Unter der belgischen Präsidentschaft wird der Rat seine Arbeiten zu dem Vorschlag für eine Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel fortführen.

Die Präsidentschaft wird eng mit den anderen Institutionen zusammenarbeiten, um eine Einigung über den Vorschlag für eine Verordnung über neuartige Lebensmittel und ihr Inverkehrbringen zu erzielen.

VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION UND ENERGIE

Nachhaltige Zukunft des Verkehrs

Unter der belgischen Präsidentschaft wird der Rat eine Orientierungsdebatte über das von der Kommission vorgelegte neue Weißbuch über nachhaltigen Verkehr 2010-2020 anstoßen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Vernetzung mehrerer Verkehrsarten, die Entwicklung intelligenter Verkehrssysteme, öffentliche Verkehrsmittel von hoher Qualität, die Warenlogistik, die städtische Mobilität, die Verkehrssicherheit und den Schutz schwacher Verkehrsteilnehmer gelegt werden.

Die Politik des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) muss der Nachhaltigkeit einen zentralen Platz einräumen. Daher wird der Rat unter der belgischen Präsidentschaft eine Überprüfung dieser Politik und der Methodik für die Schaffung eines integrierten europäischen Verkehrsnetz vornehmen. Insbesondere wird darauf geachtet werden, allen Verkehrsmitteln einen Platz zuzuweisen, einschließlich See- und Binnenhäfen und umliegende Bereiche, die in das europäische Verkehrsnetz integriert werden müssen.

Während der belgischen Präsidentschaft wird der Rat seine Arbeiten fortsetzen, um zu einer Rahmenvereinbarung über die Neufassung der Richtlinie über die Eurovignette (1999/62/EG) zu kommen, die es den Mitgliedstaaten ermöglichen würde, von den Straßenbenutzern die durch den Straßenverkehr verursachten externen Kosten zurückzuerhalten. Das Endziel besteht darin, zu einer Regelung zu kommen, die alle Verkehrsarten abdeckt.

Im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans „Urbane Mobilität“ wird der Rat besonderes Augenmerk auf nachhaltige Verkehrsarten wie etwa den Güterverkehr per Schiff oder Bahn und auf sanfte und kollektive Mobilitätssysteme (öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad und Fußwege in den Ballungsräumen) legen.

Der Rat wird sich mit der von der Kommission abgegebenen Halbzeitbewertung des Programms NAIADES (*Navigation and Inland Waterway Action and Development in Europe*) befassen, das auf die Förderung der Binnenschifffahrt abzielt.

Entsprechend der Vorlage eines Neufassungsvorschlags für das erste Eisenbahnpaket durch die Kommission wird der Rat unter der belgischen Präsidentschaft einen Fortschrittsbericht verfassen.

Das Thema der Logistik ist von hoher Wichtigkeit und erfordert einen grenzüberschreitenden Ansatz. Die Umsetzung des Aktionsplans von 2007 zur Warenlogistik wird 2010 bewertet werden. Diese Evaluierung wird zu einer Anpassung dieses Konzepts und zu neuen Maßnahmen unter der belgischen Präsidentschaft führen.

Sicherheit und Schutz der verschiedenen Verkehrsarten

Unter der belgischen Präsidentschaft wird der Rat einen Entwurf für Schlussfolgerungen zu dem von der Europäischen Kommission vorgelegten vierten Aktionsplan für die Straßenverkehrssicherheit für den Zeitraum 2011-2020 verabschieden. Im Oktober 2010 werden die Europäischen Tage der Straßenverkehrssicherheit veranstaltet.

Seit April 2010 ist die neue Verordnung über die Luftfahrtsicherheit in Kraft. Die belgische Präsidentschaft wird für ihre Umsetzung und insbesondere für eine technische Kooperation und Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten sowie mit den Ländern Afrikas und Asiens im Rahmen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) sorgen.

Wenn sich die Veröffentlichung eines Fahrplans für den Weg zur Integration der Meeresüberwachung bestätigt, wird die belgische Präsidentschaft eine Orientierungsdebatte zu diesem Thema beginnen.

Innovation im Verkehrssektor

Der Rat wird unter belgischer Präsidentschaft eine Orientierungsdebatte über die Halbzeitbewertung des Europäischen Satellitennavigationsprogramms (EGNOS – GALILEO) einleiten.

Entsprechend den Fortschritten in den Verhandlungen über die Rahmenrichtlinie zur Unterstützung und Weiterverfolgung des Aktionsplans für intelligente Verkehrssysteme (ITS) wird die Präsidentschaft für die Umsetzung dieses Textes sorgen, der intelligente Anwendungen für die Verkehrsregelung, Verkehrsinformationen und Verkehrssicherheit ermöglicht.

Telekommunikation

Die Kommission hat die digitale Agenda für Europa verabschiedet, die auf die Entwicklung von Breitbandnetzen der neuen Generation abzielt, die den Bürgern

und Unternehmen Zugang zu innovativen Onlinediensten ermöglichen. Die Umsetzung der Aktionspunkte der digitalen Agenda wird auf der Tagesordnung der belgischen Präsidentschaft stehen.

Die Arbeiten zur Annahme der Strategie für das Funkfrequenzspektrum werden im Laufe der belgischen Präsidentschaft aufgenommen werden.

Es geht darum, mit Hilfe einer neuen Frequenzverwaltung die Entwicklung neuer mobiler Telekommunikationsdienste in Europa zu ermöglichen, unter Berücksichtigung der Bedeutung von digitalem Rundfunk und Fernsehen, der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und der Medienvielfalt.

Dabei soll erreicht werden, dass der Übergang zum digitalen Fernsehen auch soziale Vorteile und wirtschaftliches Wachstum bringt.

Außerdem wird der Rat unter der belgischen Präsidentschaft einen neuen Vorschlag für eine Verordnung der Europäischen Kommission zur Sicherheit des Netzes und der Daten prüfen. Mit der Verabschiedung dieser Verordnung wird der Rat der ENISA, der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit, ein neues Mandat übertragen.

Die Präsidentschaft wird einen Gedankenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten organisieren, um zu einer Verabschiedung der Schlussfolgerungen des Rates zur europäischen Breitbandstrategie zu gelangen. Es geht darum, die digitale Kluft zu verringern. Hierzu sollen den europäischen Bürgern bis 2013 Breitbandzugänge zur Verfügung gestellt werden. Dies setzt voraus, dass die Bereitstellung der Netze der nächsten Generation (Glasfaser) in Europa so weit wie möglich gefördert wird. Es muss ein angemessenes Gleichgewicht erreicht werden zwischen der Förderung der Investitionen in die Glasfasertechnologie und der Aufrechterhaltung eines starken Wettbewerbs.

Die europäische digitale Agenda ist ein wesentliches Element der Strategie Europa 2020. Auf der Grundlage des Vorschlags der Kommission möchte die Präsidentschaft den Aktionsplan *e-governance* 2015 verabschieden.

Schließlich wird die belgische Präsidentschaft großes Augenmerk legen auf den Zwischenbewertungsbericht der Kommission über die Preisentwicklung des Roamings für Telefonate, SMS und Datentransfer.

Energie

Die belgische Präsidentschaft wird die vorbereitenden Arbeiten im Hinblick auf die Verabschiedung des neuen Aktionsplans Energie (2011-2020) im Europäischen Rat im Frühjahr 2011 verstärken. Auf der Grundlage einer Mitteilung der Kommission zum Fahrplan sowie der Ergebnisse der diesbezüglichen öffentlichen Anhörung strebt der Rat die Verabschiedung von Schlussfolgerungen zum Inhalt des Aktionsplans Energie unter der belgischen Präsidentschaft an.

Der Rat wird im Hinblick auf eine langfristige Strategie für eine kohlendioxidemissionsarme Wirtschaft eine Debatte über die Erstellung eines Fahrplans für 2050 einleiten.

Die Kommission wird außerdem eine Mitteilung über die Leitlinien und die besten Praktiken im Zusammenhang mit Initiativen für regionale Zusammenarbeit auf dem Energiesektor vorschlagen. Auf dieser Grundlage wird die belgische Präsidentschaft dem Rat Schlussfolgerungen vorschlagen.

Außerdem wird die Kommission bis Ende des Jahres ihr neues Paket zur Energieinfrastruktur vorstellen, das zur Energieversorgungssicherheit und zur Verwirklichung des Binnenmarktes beitragen soll. Unter der belgischen Präsidentschaft wird im Rat eine Orientierungsdebatte organisiert werden. In diesem Rahmen wird sich die belgische Präsidentschaft bemühen, über die Arbeiten der *North Seas Countries' Offshore Grid Initiative* die Entwicklung der Offshore-Windenergie in Europa mit Inhalt zu füllen. Die Präsidentschaft wird, mit Blick auf die Förderung des Energiesparens und der dezentralen erneuerbaren Energien, der Entwicklung intelligenter Stromnetze besondere Aufmerksamkeit schenken. Die Neufassung der Leitlinien für die transeuropäischen Energienetze (TEN-E) wird während der belgischen Präsidentschaft ebenfalls geprüft werden.

Die Gesetzgebungsinitiative der Kommission im Energiebereich über die Förderung der Transparenz und Integrität der Großhandelsmärkte wird Gegenstand eines Fortschrittsberichts im Rat sein. Dieser Vorschlag vervollständigt das dritte Energiepaket, das 2009 verabschiedet wurde, und ist eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung des Binnenmarktes im Energiebereich.

Im Rahmen des Europäischen Jahres des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung wird die belgische Präsidentschaft in Zusammenarbeit mit der Kommission eine Debatte organisieren über die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Energiepolitik günstiger für den Verbraucher zu machen.

Angesichts der großen Bedeutung, die der Energie aus Biomasse für die Realisierung der Energieziele bei den erneuerbaren Energien zukommt, wird die belgische Präsidentschaft die Debatte über die Anwendung der Biomasse im Hinblick auf die für 2011 vorgesehene Evaluierung der Kommission forcieren. Die Präsidentschaft lädt den Rat auch dazu ein, sich in seinen Empfehlungen mit der Frage der Nachhaltigkeitskriterien der Biomasse zu befassen.

Der Bericht über die Umsetzung des europäischen Konjunkturprogramms wird einen Überblick über die Umsetzung der Energieprojekte geben. Die Überarbeitung der Verordnung über das europäische Konjunkturprogramm in Bezug auf die

Energie wird unter der belgischen Präsidentschaft verhandelt und verabschiedet werden, damit nicht ausgegebene Mittel auf Projekte umgeleitet werden können, die Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern.

Die externen Aspekte der Energiepolitik werden während der belgischen Präsidentschaft auf der Tagesordnung stehen. Die belgische Präsidentschaft wird in Zusammenarbeit mit der Kommission darüber wachen, dass die Koordination und Effizienz der Europäischen Union in den Verhandlungen mit Drittländern sichergestellt ist.

UMWELT

Klimawandel

Die Präsidentschaft wird im Rahmen der internationalen Verhandlungen über den Klimawandel die Positionen der Mitgliedstaaten innerhalb des Rates koordinieren. Der Schwerpunkt wird auf der Umsetzung des Abkommens von Kopenhagen mit Blick auf die vom 29. November bis 10. Dezember 2010 in Cancún stattfindende 16. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention liegen.

Während der belgischen Präsidentschaft wird der Rat beständig auf die Umsetzung des Energie-Klima-Pakets achten. Es müssen Maßnahmen zur Realisierung der europäischen Klimaziele verabschiedet werden (insbesondere die Richtlinie über die Kohlendioxidemissionen leichter Nutzfahrzeuge und die „Dekarbonisierung“ des Verkehrs).

Artenvielfalt

Das Jahr 2010 ist das „Internationale Jahr der Artenvielfalt“. Die Präsidentschaft wird die Teilnahme der EU an der 10. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt vorbereiten, die im Oktober 2010 in Nagoya stattfinden wird. Diese Konferenz wird die Aufgabe haben, ausgehend von angepassten Zielen eine neue Politik im Bereich der Artenvielfalt auszuarbeiten.

Abhängig vom Datum der Vorlage von Vorschlägen der Kommission zu den Bereichen Ökosystemdienstleistungen, invasive exotische Spezies, Holz illegaler Herkunft sowie zu den Kriterien der Nachhaltigkeit von Biomasse, wird eine erste Debatte im Rat organisiert werden.

Die Präsidentschaft wird der Weiterverfolgung der Schlussfolgerungen des Umweltrates vom 4. Dezember 2008 zu genetisch veränderten Organismen (GVO) die erforderliche Aufmerksamkeit widmen.

Nachhaltiges Rohstoffmanagement

Bei der informellen Ratstagung unter belgischer Präsidentschaft werden die Umweltminister untersuchen, wie der Übergang zu einer ressourceneffizienten Wirtschaft in jeder Phase des Lebenszyklus von Rohstoffen, Produkten und Abfällen verbessert werden kann. Auf der Grundlage dieser Diskussionen wird sich der Rat um die Verabschiedung entsprechender Schlussfolgerungen bemühen.

Zusätzlich zu diesem strategischen Ansatz wird die Präsidentschaft versuchen, im Rat und im Parlament die Verhandlungen über einige Gesetzgebungsvorschläge zu gefährlichen Substanzen in elektrischen und elektronischen Geräten, in ihren Abfällen (RoHS und WEEEs) sowie in Bioziden voranzubringen.

Die besten Instrumente für die Umweltpolitik

Gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament wird die belgische Präsidentschaft dafür sorgen, die Transparenz, die Koordination und die konkrete Anwendung der bestehenden Umweltgesetzgebung zu verbessern.

Insbesondere beabsichtigt die belgische Präsidentschaft, Schlussfolgerungen des Rates zu Initiativen für eine verbesserte Anwendung der Abfallgesetze, für die Harmonisierung der Kriterien für Umweltinspektionen, für die Bewertung der Wirkungen der Umweltberichterstattung und für die Verbesserung des Umweltinformationssystems verabschieden zu lassen.

Auf der Grundlage einer vertieften Evaluierung des sechsten Umweltaktionsprogramms (AUP) durch die Kommission wird der Rat unter der belgischen Präsidentschaft eine politische Orientierungsdebatte über das siebte Umweltaktionsprogramm beginnen. In diesem Zusammenhang sollte besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der Leitung, der Definition und der Anwendung der Umweltpolitik gelegt werden.

Unter der belgischen Präsidentschaft wird sich der Rat mit den ökonomischen Anreizen befassen, die darauf abzielen, die Umwelt schädigendes Verhalten zu ändern und energieeffiziente Produkte und Dienstleistungen zu fördern.

SCHULE, BILDUNG, JUGEND, SPORT, KULTUR UND MEDIEN

Bildung und Ausbildung

Unter der belgischen Präsidentschaft wird der Rat die Leitlinien für ein neues Arbeitsprogramm zur allgemeinen und beruflichen Bildung bis 2020 verabschieden. Beim informellen Treffen der Minister in Brügge werden die Bewerberländer und die Länder des Europäischen Wirtschaftsraums zur Teilnahme an diesem Arbeitsprogramm eingeladen werden. Ein Entwurf für Schlussfolgerungen zu diesem Thema wird dem Rat vorgelegt werden.

Im Rahmen der Strategie Europa 2020 und im Zuge des Strebens nach einer grünen und nachhaltigen Wissensökonomie wird der Rat Schlussfolgerungen über die Erziehung zur nachhaltigen Entwicklung verabschieden.

Die Präsidentschaft wird die von den vorhergehenden Präsidentschaften begonnenen Arbeiten zur Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schulbildung fortführen. Entsprechend den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates wird die Präsidentschaft insbesondere dem Problem des Schulabbruchs und den Schlüsselkompetenzen sowie der Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung für die soziale Eingliederung besondere Aufmerksamkeit widmen.

In Abhängigkeit von der Präsentation der Leitinitiative der Kommission „Jugend in Bewegung“ (*Youth on the Move*) wird der Rat unter belgischer Präsidentschaft die Empfehlung über die Förderung der Jugendmobilität verabschieden.

Schließlich wird sich die belgische Präsidentschaft mit der Modernisierung der Bildung im Tertiärbereich in Europa sowie mit der Wechselwirkung von höherer Bildung, Forschung und Innovation befassen.

Kultur

Die Präsidentschaft wird sich im Rahmen der Strategie Europa 2020 darum bemühen, das Potenzial der Kultur- und Kreativbranche herauszustellen, die zum BIP, zum Wachstum und zur Beschäftigung in Europa beiträgt. Der Rat wird unter belgischer Präsidentschaft besonderes Augenmerk auf politische Maßnahmen und Mittel legen, mit denen die Kultur- und Kreativbranche entwickelt und gefördert werden kann. In diesem Kontext wird die Rolle der KMU besonders hervorzuheben sein.

Die Präsidentschaft unterstützt die drei in der Europäischen Kulturagenda festgelegten strategischen Ziele, nämlich die Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs, die Förderung der Kultur als Katalysator für Kreativität und die Förderung der Kultur als unabdingbares Element in den internationalen Beziehungen. Auf der Basis der Mitteilung der Kommission wird sich die belgische Präsidentschaft bemühen, die Evaluierung des Arbeitsplans des Rates im Kulturbereich 2008-2010 zu einem guten Abschluss zu bringen und einen neuen Arbeitsplan für die Zeit nach 2010 zu verabschieden.

Die belgische Präsidentschaft wird die Diskussionen fortführen, die letztlich dazu führen sollen, dass der Rat und das Europäische Parlament den Vorschlag für eine Entscheidung der Kommission zur Schaffung eines Labels „Europäisches Kulturerbe“ verabschieden. Mit diesem Label soll die europäische Dimension des Kulturerbes gewürdigt und die gemeinsame Geschichte Europas hervorgehoben werden.

Im Rahmen des „Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ wird die Präsidentschaft einen Entwurf für Schlussfolgerungen vorschlagen, der zum Ausdruck bringen soll, dass die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung eine übergreifende Aufgabe ist, die insbesondere auch die Mobilisierung der Kulturpolitik erfordert.

Audiovisuelle Medien

Die Präsidentschaft wird dazu anregen, über Mechanismen zur Unterstützung des europäischen Kinos nachzudenken, die die gesamte Kette der kinematografischen Produktion, vom Drehbuch bis zur Werbung und Verbreitung europäischer Werke, abdecken müssen.

Im Zusammenhang mit den Herausforderungen, die das digitale Zeitalter stellt, wird die Präsidentschaft dem Rat einen Entwurf für Schlussfolgerungen zum Schutz und zur Bewahrung des audiovisuellen Erbes vorschlagen und den Akzent auf die auf nationaler und europäischer Ebene anzuwendenden Maßnahmen zur Unterstützung von Kinos, die sich digital ausrüsten möchten, legen.

Die Entwicklungsperspektiven der öffentlichen Bibliotheken im digitalen Zeitalter und die Perspektiven von Europeana werden ebenfalls im Rat untersucht werden, wie auch ganz allgemein die Herausforderungen im Zusammenhang mit der langfristigen Erhaltung des digitalen kulturellen und audiovisuellen europäischen Erbes.

Sport

Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon erhält die europäische Union eine zusätzliche Kompetenz im Bereich des Sports. Auf der Grundlage der Mitteilung

der Kommission, die die Grundzüge für die zukünftige europäische Sportpolitik vorstellt, wird die belgische Präsidentschaft im Rat die Arbeiten im Hinblick auf eine Resolution über die zukünftige europäische Sportpolitik aufnehmen. In diesem Zusammenhang verdient die Stärkung des strukturierten Dialogs mit der Welt des Sports besondere Beachtung.

Nach der Vorlage eines Vorschlags für ein europäisches Sportprogramm (2012-2013) durch die Kommission wird der Rat im Laufe der belgischen Präsidentschaft die Arbeit in diesem Bereich aufnehmen.

Die belgische Präsidentschaft wird innerhalb des Rates eine Debatte über die gesellschaftliche Rolle des Sports, einschließlich des *Fair Plays*, beginnen. Dies umfasst die Erziehung und Ausbildung in diesem Bereich, die Bekämpfung des Dopings und die Rolle des Sports im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung.

Jugend

Der erneuerte Rahmen für die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Jugend (2010-2018) sieht eine neue Rolle für Jugendarbeiter vor. Die belgische Präsidentschaft wird die Arbeiten im Rat für eine Resolution zur Jugendarbeit einleiten. Im Rahmen des „Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ wird ein Abschnitt dieser Resolution der Zugänglichkeit zu diesem Sektor für Kinder und Jugendliche, die in Armut leben, gewidmet sein.

Der strukturierte Dialog zum Thema Beschäftigung und Jugend (youth@work) ist ein gemeinsames Projekt der Team-Präsidentschaft, der Kommission und des Europäischen Jugendforums. Jede Präsidentschaft wird eine „Europäische Jugendkonferenz“ organisieren, auf der die Ergebnisse der nationalen Beratungen ausgetauscht werden und die nächste Etappe des Prozesses vorbereitet wird. Die belgische Präsidentschaft wird die Halbeitergebnisse des strukturierten Dialogs dem Rat vorlegen, um im Laufe der ungarischen Präsidentschaft (Mai 2011) zu einem politischen Ergebnis zu kommen.

Auf der Grundlage der Studie der Europäischen Kommission über den Zugang von Jugendlichen zur Kultur wird der Rat unter der belgischen Präsidentschaft Schlussfolgerungen vorlegen.

Schließlich wird die belgische Präsidentschaft eine Informationsnotiz über den Stand der europäischen und internationalen politischen Agenda in Bezug auf Kinder, Jugendliche und Kinderrechte vorlegen.

LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI

Gemeinsame Agrarpolitik

Die belgische Präsidentschaft wird die von den vorhergehenden Präsidentschaften begonnenen Überlegungen über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Zeit nach 2013 fortführen, insbesondere auf der Grundlage der Ergebnisse der von der Kommission organisierten öffentlichen Anhörung.

Die Mitteilung der Kommission über die GAP nach 2013, die Ende des Jahres erwartet wird, wird Gegenstand einer Orientierungsdebatte auf Ratsebene sein. Die belgische Präsidentschaft wird die Arbeiten beginnen, um zu Schlussfolgerungen des Rates zu dieser Mitteilung zu gelangen.

Was den Milchsektor betrifft, der in den letzten beiden Jahren besonders schwer betroffen war, wird die Präsidentschaft dem Rat die Empfehlungen des Berichts der hochrangigen Expertengruppe zur Prüfung vorlegen. Gleiches gilt für den Zwischenbericht der Kommission über die Entwicklung des Milchmarktes und das Funktionieren der Milchquotenregelung bis 2015.

Die Präsidentschaft wird die Arbeiten zu allen Initiativen der Kommission aufnehmen, die sich aus den Empfehlungen der hochrangigen Gruppe ergeben.

Die belgische Präsidentschaft wird die Debatte über die Revision der europäischen Qualitätspolitik für landwirtschaftliche Erzeugnisse aufnehmen. Eine entsprechende Gesetzesinitiative der Kommission wird für Ende 2010 erwartet.

Weitere gesetzgeberische Vorhaben werden im Rahmen der Vereinfachung der GAP oder im Zusammenhang mit einem besseren Funktionieren der Lebensmittelversorgungskette in Abstimmung mit der Kommission auf die Tagesordnung des Rates gesetzt werden.

Die belgische Präsidentschaft wird sich bemühen, eine politische Übereinkunft über die Gesetzesvorschläge zur Verbesserung und Vereinfachung der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums zu erreichen.

Die Position der Europäischen Union auf dem Gebiet der Landwirtschaft, die im Rahmen der Verhandlungen der DOHA-Runde verfochten wurde, wird gegebenenfalls Gegenstand einer Verständigung innerhalb des Rates sein.

Fragen betreffend Pflanzenschutz, Veterinärmedizin und Lebensmittelsicherheit

Der Rat wird während der belgischen Präsidentschaft eine Auswertung des Prüfberichts der Kommission über die Revision der Politik zur Pflanzengesundheit vornehmen.

Die belgische Präsidentschaft wird die europäische Position bei Verhandlungen mit Drittländern über die gesundheitlichen und pflanzengesundheitlichen Bedingungen, die für Importe und Exporte gelten, koordinieren, mit dem Ziel, sie zu vereinfachen.

Im Bereich der Tiergesundheit und insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung von transmissiblen spongiformen Enzephalopathien (TSE) wie etwa dem Rinderwahnsinn wird der Rat eine Orientierungsdebatte über den von der Kommission vorgelegten Fahrplan durchführen. Die belgische Präsidentschaft beabsichtigt, gleichzeitig eine Diskussion über die Frage der Finanzierung von Prävention und Bekämpfung von Tierkrankheiten zu führen.

Da es sich um das Wohlergehen von Tieren handelt, wird untersucht werden, ob gemeinschaftliche Maßnahmen auf der Grundlage von Art. 13 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union getroffen werden können.

Die belgische Präsidentschaft wird der Weiterverfolgung der Arbeiten des Rates zu genetisch veränderten Organismen die erforderliche Aufmerksamkeit schenken.

Wälder

Die belgische Präsidentschaft wird sich bemühen, die Arbeiten für den Vorschlag für eine Verordnung, die die Pflichten von Händlern festlegt, die Holz und daraus abgeleitete Produkte auf den Markt bringen, zum Abschluss zu bringen.

Fischerei

Die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik wird auch ein Schwerpunkt der belgischen Präsidentschaft sein. Beim Rat im November wird die Präsidentschaft eine Debatte über dieses Thema organisieren und dabei den Akzent auf die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Fischereisektor legen.

Die belgische Präsidentschaft wird auf ein politisches Abkommen über die Fischereimöglichkeiten für das Jahr 2011 bzw. (im Hinblick auf bestimmte Tiefseearten) für 2011 und 2012 hinarbeiten.

Die belgische Präsidentschaft wird sich um Fortschritte bei den Arbeiten zu den Mehrjahres-Bewirtschaftungsplänen bemühen. Die Mehrjahrespläne zum Sardellenbestand im Golf von Gascogne und zum westlichen Makrelenbestand im Atlantik dürften im Laufe des zweiten Halbjahres 2010 verabschiedet werden. Außerdem wird die Präsidentschaft aktiv zur Bewertung des Bewirtschaftungsplans für die Bestände von Scholle und Seezunge in der Nordsee beitragen und dürfte mit den Arbeiten für den zukünftigen langfristigen Plan für den Lachs in der Ostsee beginnen.

JUSTIZ UND INNERES

Die Vertiefung und effektive Umsetzung eines europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bleiben eine Herausforderung für die Europäische Union. Die belgische Präsidentschaft wird die effektive Umsetzung des Mehrjahresprogramms von Stockholm fortführen (2010-2014). Der Vertrag von Lissabon bietet in dieser Hinsicht zusätzliche Instrumente. In enger Abstimmung mit dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission möchte die belgische Präsidentschaft die neuen institutionellen und prozeduralen Möglichkeiten vollständig nutzen, um eine positive Dynamik zu erzeugen.

Das Konzept der „inneren Sicherheit“ im Vertrag von Lissabon muss als ein weites und integriertes Konzept verstanden werden, dass die Prävention, Strafverfolgung und die juristische Dimension umfasst. Mit dem Vertrag von Lissabon wurde ein Ständiger Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit (COSI) ins Leben gerufen. In enger Abstimmung mit der Kommission wird sich dieser Ausschuss mit der Umsetzung und operativen Verfolgung der „Strategie der Inneren Sicherheit für die Europäische Union“ beschäftigen, die unter der spanischen Präsidentschaft angenommen wurde.

Die Präsidentschaft unterstützt auch die Absicht der Europäischen Kommission, die Informationssysteme zu kartografieren, insbesondere diejenigen, die personenbezogene Daten enthalten, um ein tiefer gehendes Nachdenken über die Informationsarchitektur, insbesondere im Rahmen eines integrierten Grenzschutzes, zu organisieren.

Im Kampf gegen den Terrorismus und die organisierte Kriminalität müssen die Sicherheitsbedürfnisse einerseits und die individuellen Rechte und Freiheiten der europäischen Bürger andererseits gleichermaßen berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang muss die Einigung zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika in Bezug auf die Übermittlung von Daten aus der Europäischen Union in die Vereinigten Staaten im Rahmen des US-amerikanischen Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) bestätigt werden. Darüber hinaus sollten die Verhandlungen mit den USA über ein weltweites Datenschutzabkommen aufgenommen und die Gespräche über die Nutzung der Passagiernamensregister (PNR – *Passenger Name Records*) in der Europäischen Union auf der Grundlage eines neuen Vorschlags der Kommission fortgeführt werden.

Die Verhandlungen mit dem Europarat über den Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention werden auf der Grundlage des vom Rat anerkannten Mandats beginnen.

Bei der Kooperation im Bereich der Strafjustiz ist die Schaffung eines europaweiten Systems zur Erlangung von Beweismaterial, wie es im Stockholmer Programm gefordert wird, eine der Prioritäten der belgischen Präsidentschaft, die sich auf eine Initiative einer Gruppe von Mitgliedstaaten stützen wird.

Die Entwicklung einer gemeinsamen Immigrationspolitik erfordert einen globalen Ansatz, einschließlich einer Zukunftsvision in Bezug auf die legale Migration.

Das Stockholmer Programm bestätigt das Ziel eines gemeinsamen Asylverfahrens und des einheitlichen Status von Personen, die internationalen Schutz genießen, bis zum Jahr 2012.

Eine Priorität ist außerdem die Stärkung von Frontex, der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen.

Schließlich stellt der Kampf gegen den Menschenhandel ein wichtiger Schwerpunkt für die belgische Präsidentschaft dar.

Innere Angelegenheiten

Die Entwicklung einer kohärenten europäischen Politik (Analyse der Kriminalität, Festlegung von Prioritäten und die Verfolgung und Auswertung von Aktionsplänen) ist ein zentrales Ziel der Präsidentschaft. Die Ausarbeitung einer allgemeinen Kriminalitätsanalyse stellt den ersten Schritt auf dem Weg zur Verbindung der verschiedenen behördlichen Ebenen dar.

Im Rahmen der Implementierung eines Aktionsplans gegen den Terrorismus gilt das besondere Augenmerk der Prävention von Radikalisierungsbestrebungen, sowohl durch bürgernahe Polizeiarbeit im Rahmen der Kriminalitätsbekämpfung als auch durch administrative Prävention. Die belgische Präsidentschaft wird außerdem Projekte im Hinblick auf Probleme wie Bandenkriminalität, illegalen Handel mit großkalibrigen Feuerwaffen in europäischen Großstädten, Identitätsbetrug, Sicherheit von Fußballspielen und Sicherheit der Park- und Rastplätze an den Autobahnen in Europa in Angriff nehmen.

Ein stärkeres gemeinsames Handeln der Europäischen Union bei schweren Katastrophen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Union, wird auch einen wichtigen Platz auf der Tagesordnung einnehmen. Die Debatte wird auf der Grundlage der vorgesehenen Bewertung der bestehenden Mechanismen im Bereich des Zivilschutzes durch die Kommission geführt werden.

Justiz

Die gegenseitige Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen ist der Dreh- und Angelpunkt für einen europäischen Rechts- und Sicherheitsraum. Neben der Arbeit der belgischen Präsidentschaft zur Implementierung eines neuen globalen Systems im Bereich der Erlangung von Beweismaterial wird auch auf den effektiven Einsatz der bestehenden Instrumente besonderes Augenmerk gelegt werden.

In Strafsachen wird die Anpassung des rechtlichen Rahmens nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon fortgeführt werden. Im Rahmen der Reformierung alter Rahmenentscheidungen zur Annäherung der nationalen Strafgesetzgebungen wird die Priorität auf Instrumente gelegt werden, die einerseits auf die Prävention des Menschenhandels und den Kampf gegen dieses Phänomen sowie den Opferschutz und andererseits auf die sexuelle Ausbeutung und den sexuellen Missbrauch von Kindern und die Kinderpornografie abzielen.

In Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission möchte die Präsidentschaft bei der Umsetzung des Fahrplans zu einer Stärkung des Schutzes von Verdächtigen und von im Rahmen von Strafverfahren verfolgten Personen Fortschritte machen. Im Rahmen der Betrugsbekämpfung möchte die belgische Präsidentschaft auch Impulse geben für die konkrete grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Staatsanwälten in grenznahen Gebieten, auch im Hinblick auf die Anforderung, die Verwendung und den Austausch von Informationen auf internationaler Ebene im Steuerbereich, im Sozialversicherungsbereich und im Bereich der Justiz.

Die Verhandlungen über eine bessere Regelung der gerichtlichen Zuständigkeit und des Erb- und Testamentrechts werden intensiv fortgesetzt werden. Die Prüfung eines europäischen Instruments, das eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich des grenzüberschreitenden Scheidungs- und Trennungsrechts (ROM III) umsetzt, wird fortgesetzt werden.

Außerdem wird die Agenda die Ausarbeitung einer effektiveren Regelung zur grenzüberschreitenden Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen vorsehen, unter anderem durch Sperrung von Bankkonten. Die belgische Präsidentschaft

widmet der Vermittlung bei Kindesentführungen durch einen Elternteil besondere Aufmerksamkeit.

Asyl und Migration

Die Umsetzung einer gemeinsamen europäischen Asylregelung auf der Grundlage der Beachtung der Grundrechte und unter Beachtung der höheren Schutzstandards der Genfer Konvention und anderer relevanter internationaler Instrumente bleibt die absolute Priorität. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte die Debatte über die Bedingungen der Aufnahme von Asylbewerbern, die Asylverfahren und die Mindestqualifizierungsanforderungen für einen internationalen Schutz aktiv geführt werden. Die Präsidentschaft wird die Arbeiten zum Vorschlag der Kommission im Hinblick auf die Erweiterung des Anwendungsbereichs der Richtlinie über den Status „langfristig aufenthaltsberechtigter Personen“ auf alle Personen, die internationalen Schutz genießen, fortsetzen. Außerdem wird die Präsidentschaft an der sogenannten Dublin-Verordnung arbeiten, die festlegt, welcher Staat für die Bearbeitung eines Asylantrags zuständig ist.

Im Bereich der Entwicklung der legalen Migration wird die Präsidentschaft eine Debatte über die Migration im Kontext demografischer Herausforderungen beginnen, insbesondere über die Migration aus wirtschaftlichen Gründen, und die Arbeiten aufnehmen über neue Vorschläge in Bezug auf die Verfahren zur Regelung von zeitweiliger Einreise, Aufenthalt und Wohnsitz innerbetrieblich versetzter Personen, und in Bezug auf die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen von Saisonarbeitern.

Außerdem werden die Arbeiten für die Festlegung eines einheitlichen Antragsverfahrens zur Ausstellung einer kombinierten Erlaubnis, die es Angehörigen von Drittländern erlaubt, auf dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates zu wohnen und zu arbeiten, so weit wie möglich fortgeführt werden.

Die Problematik und der Schutz unbegleiteter ausländischer Minderjähriger wird mit der Umsetzung des unter spanischer Präsidentschaft beschlossenen Aktionsplans eine der Prioritäten sein.

Die belgische Präsidentschaft wird darauf achten, dass die Migrationspolitik mit den anderen Politikbereichen stark korreliert, insbesondere mit der Außenpolitik der Union. Die Partnerschaften für Mobilität sind in dieser Hinsicht ein wichtiges Instrument, um zu einer breiten und dauerhaften Partnerschaft mit Drittländern

zu gelangen. Eine erste Etappe ist die Einrichtung von Migrationsmissionen in Drittländern entlang den wichtigsten Migrationsrouten.

Die außenpolitische Dimension des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Sowohl Fragen der Migration als auch der Kampf gegen das organisierte Verbrechen, den Menschenhandel, den Drogenhandel und den Terrorismus dürfen

nicht getrennt von der Außenpolitik der Europäischen Union betrachtet werden. Diese außenpolitische Dimension wird ein zentraler Punkt der belgischen Präsidentschaft sein.

Die Umsetzung der Erklärung von Washington über die verstärkte Kooperation mit den Vereinigten Staaten im Bereich der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, die im Oktober 2009 verabschiedet wurde, stellt einen wichtigen Schwerpunkt dar, ebenso wie die regelmäßige Abstimmung mit Russland in den Bereichen Justiz und Inneres im Rahmen des Ständigen Partnerschaftsrats. Die Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft in den Bereichen Justiz und Inneres wird fortgesetzt werden. Der Dialog mit den westlichen Balkanländern wird im größeren Rahmen der von den Ländern der Region unternommenen Anstrengungen zur Realisierung ihrer Beitrittsperspektive zur Europäischen Union fortgeführt werden.

AUSSENBEZIEHUNGEN

Der Vertrag von Lissabon markiert eine echte Wende in der Organisation der Außenbeziehungen der Union. Er verstärkt die Kohärenz des Handelns unserer Union und ihren Einfluss in der Welt. Im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik vertreten der Präsident des Europäischen Rates und die Hohe Vertreterin die Europäische Union auf der internationalen Bühne. Die Hohe Vertreterin führt im Namen der Union den politischen Dialog mit Dritten und vertritt die Position der Union in den internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen. Die Hohe Vertreterin führt den Vorsitz im Rat für Auswärtige Angelegenheiten (einschließlich der Bereiche Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit) und stützt sich auf den Europäischen Auswärtigen Dienst.

In dieser Übergangsperiode und getreu seinem europäischen Engagement wird Belgien alles daransetzen, um eine harmonische Anwendung dieser neuen Bestimmungen des Vertrags zur Unterstützung des Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin zu erreichen, auch durch die Bereitstellung von Personal.

In Bezug auf die gemeinsame Handelspolitik wird die Koordination innerhalb des Rates für Auswärtige Angelegenheiten durch die wechselnde Präsidentschaft gesichert.

Außenpolitik der Union

Ein neuer Europäischer Auswärtiger Dienst

Die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes bleibt für die Union das vorrangige Ziel in dieser zweiten Hälfte des Jahres 2010. Die Rekrutierung der Mitarbeiter des Dienstes, auf allen Ebenen, und die schrittweise Transformation der Delegationen der Europäischen Union werden vorrangige Aufgaben sein.

Eine Beeinträchtigung der Handlungs- und Vertretungskontinuität der Union in dieser Übergangsphase muss vermieden werden. Zu diesem Zweck wird übergangsweise das politische und diplomatische Personal Belgiens, unter direkter Aufsicht der Hohen Vertreterin und ihrer Dienste, unterstützende Funktionen im Namen der Europäischen Union übernehmen.

Strategische Beziehungen mit unseren Partnern

Das nächste ASEM-Gipfeltreffen im Oktober 2010 in Belgien wird Gelegenheit für einen privilegierten Dialog zwischen Europa und Asien bieten. Die Partner werden eine gemeinsame Basis der Verständigung über die Reform der Wirtschafts- und Finanzregierung im Gefolge der Krise und insbesondere über nachhaltige Entwicklung suchen.

Das nächste Gipfeltreffen zwischen der EU und Afrika wird den europäischen und afrikanischen Partnern Gelegenheit geben, die Stärke der europäisch-afrikanischen Partnerschaft zu bekräftigen und sich über die Themen Frieden und Sicherheit, Entwicklung, die Millenniumsziele für die Entwicklung sowie über den Klimawandel auszutauschen.

Was die Außenvertretung der Union betrifft, möchte die belgische Präsidentschaft das Potenzial des neuen Vertrages steigern und die Kohärenz und den Einfluss der Union stärken, ohne die gemeinsame Verantwortung zu beeinträchtigen. Sie wird die einheitliche Vertretung fördern. Sie wird sicherstellen, dass Transparenz und Zusammenarbeit gestärkt werden.

Eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die Umsetzung des Vertrags von Lissabon im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird auch besonderes Augenmerk erfordern. Ungeachtet der Fortschritte der letzten Jahre verfügt die Europäische Union immer noch nicht über die zivilen und militärischen Kapazitäten, die erforderlich sind, damit sie ihren Ambitionen gerecht werden kann. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, die europäische Planungs- und Befehlsarchitektur bei Kriseneinsätzen, die Fähigkeit zu einer schnellen und kohärenten Reaktion (auch bei Hilfeinsätzen), die zivil-militärische Zusammenarbeit, die Ausbildung ziviler und militärischer Akteure für das Krisenmanagement, der Ausbau der Europäischen Verteidigungsagentur und der strategischen Beziehungen zwischen der Union und der NATO sind ebenfalls wichtige Themen, die besondere Anstrengungen erfordern.

Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Die Anstrengungen der Union im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe werden ebenfalls von der Ernennung der Hohen Vertreterin und Vizepräsidentin der Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes, profitieren. Die Hohe Vertreterin, die den Vorsitz im Rat für Auswärtige

Angelegenheiten führt (einschließlich Ratsformation der Minister für Entwicklungszusammenarbeit), hat den Auftrag, die Kohärenz des auswärtigen Handelns der Union sicherzustellen.

Im zweiten Halbjahr 2010 wird das wichtigste politische Treffen der EU im Bereich Entwicklungszusammenarbeit das Gipfeltreffen der Vereinten Nationen über die Millenniumsziele für Entwicklung sein, das im September in New York stattfinden wird. Sein Ziel ist die Evaluierung der erreichten Fortschritte im Hinblick auf die Realisierung der Millenniumsziele für Entwicklung und die Bestimmung zusätzlicher Anstrengungen, die bis 2015 noch erforderlich sind. Als größter Geldgeber sollte die Europäische Union eine Rolle von größter Bedeutung spielen, um den Erfolg des Gipfeltreffens zu garantieren, wobei als ein roter Faden das Prinzip einer geteilten Verantwortlichkeit zwischen Geber- und Empfängerländern der Hilfe gelten sollte.

In diesem Rahmen wird die Europäische Union Ländern in einer instabilen Situation, der „Good Governance“ und der Achtung und Förderung von Demokratie und Menschenrechten besondere Beachtung schenken. Die Europäische Union wird ihre Bemühungen zur Verbesserung der Effektivität ihrer Entwicklungshilfe fortsetzen und speziell an den Problemen der Haushaltshilfe und der *Accountability* arbeiten.

Die Europäische Union wird ebenfalls daran arbeiten, die Synergien zwischen Entwicklungspolitik und dem Kampf gegen den Klimawandel zu verstärken.

Jüngste Krisen, wie das Erdbeben in Haiti im Januar 2010, haben die Notwendigkeit gezeigt, die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der humanitären Hilfe zu verbessern. Die Europäische Union wird ebenfalls an einer Halbzeitbilanz im Hinblick auf den europäischen Konsens zur humanitären Hilfe arbeiten. Schließlich wird die Schaffung eines Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe in Angriff genommen werden.

Gemeinsam mit der Europäischen Kommission wird Belgien am 6. und 7. Dezember 2010 die vierten Europäischen Entwicklungstage veranstalten.

Gemeinsame Handelspolitik

Der Abschluss der multilateralen Verhandlungen der Doha-Runde innerhalb der Welthandelsorganisation bleibt ein Schwerpunkt der Handelspolitik der Union.

Im Jahr 2010 stehen die Verfahren der Unterzeichnung und Genehmigung des Freihandelsabkommens mit Südkorea auf der Agenda. Für die Assoziierungsabkommen mit Mittelamerika und das Mehrparteien-Abkommen mit Peru und Kolumbien sollten diese Verfahren ebenfalls begonnen werden. Die Verhandlungen mit Kanada, Indien, der Ukraine und den Ländern der Euromed-Zone sowie die multilateralen ACTA-Verhandlungen sollten Fortschritte machen. Die Verhandlungen mit dem Mercosur werden wiederaufgenommen werden. Die kürzlich eröffneten Verhandlungen mit Singapur sollten den Weg für ähnliche Gespräche mit mehreren Partnern der ASEAN ebnen.

Die Verhandlungen zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) werden 2010 fortgesetzt. In den Bereichen Handel und Entwicklung wird das zweite Halbjahr 2010 ebenfalls Gelegenheit bieten, die Debatte über die zukünftige Regelung des allgemeinen Präferenzsystems einzuleiten.

Die Europäische Union wird im Übrigen die größten Hindernisse für europäische Exporteure feststellen und gemeinsam dagegen vorgehen und in diesem Rahmen ihre gemeinsame Strategie für den Zugang zum Markt der wichtigsten Drittstaaten fortführen.

Die Union wird weiterhin den strategischen Dialog mit bestimmten Schlüsselpartnern, darunter auch mit den Vereinigten Staaten im Rahmen des Transatlantischen Wirtschaftsdialogs sowie mit China, ausbauen. Die Beziehungen der EU mit Russland nehmen ebenfalls einen wichtigen Platz ein, sowohl unter dem bilateralen Gesichtspunkt als auch im Rahmen des Beitritts Russlands zur Welthandelsorganisation.

Die belgische Präsidentschaft wird hart daran arbeiten, den Vertrag von Lissabon im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik effektiv umzusetzen, insbesondere was die neu aufzubauende Beziehung zum Europäischen Parlament betrifft. Die neuen Kompetenzen der Europäischen Union im Bereich der Investitionen sollen ebenfalls Form annehmen.

Die belgische Präsidentschaft wird darauf achten, dass sich die gemeinsame Handelspolitik, auf der Grundlage einer neuen Mitteilung der Kommission, die für den Oktober 2010 vorgesehen ist, in die außenpolitische Dimension der neuen Strategie Europa 2020 einreicht. Diese Bewertung wird die Entwicklung einer neuen Sichtweise ermöglichen, die den neuen Erwartungen der europäischen Wirtschaft Rechnung trägt.

